

Diesen Vorwurf, den Sie hier schon zweimal erhoben haben, wo Sie wirklich nur noch die Immunität schützt, dass Sie ...

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zahlen Sie das Geld zurück!)

– Herr Sagel, wenn Sie Belege für Ihren Vorwurf haben, legen Sie sie vor.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Er hat doch gesagt, es soll zurückgezahlt werden!)

Wir haben im Koalitionsvertrag verabredet, dass wir aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aussteigen. Eine solche Verabredung – an dieser Stelle erlaube ich mir den freundlichen Hinweis – haben Sie nie zustande gebracht. Ganz im Gegenteil:

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Mit Ihrer Unterschrift sind die Verträge zur Subventionierung verlängert worden.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun will auch die CDU-Fraktion nicht abseits stehen. Herr Klein hat sich auch noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, Frau Löhrmann, warum Sie so allergisch reagieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich reagiere nicht allergisch!)

Ich habe Sie doch im Prinzip gelobt. Ich habe mich erfreut gezeigt, dass auch vernünftige Erkenntnisse in Ihrem Papier stehen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Ich habe Sie vor allen Dingen gelobt, weil Sie endlich – endlich! – zu der Erkenntnis gekommen sind, dass die Finanzen dieses Landes konsolidiert werden müssen. Nicht mehr und nicht weniger! Das ist aber etwas, finde ich, was durchaus vermerkt werden muss, weil es eben nicht selbstverständlich ist. Wenn man seinen Blick ein bisschen weiter nach links richtet, dann stellt man fest, dass diese Erkenntnis dort leider immer noch nicht da ist.

Wenn es aber so ist, dass wir konsolidieren müssen – ich denke, das ist bei der Diskussion jetzt deutlich geworden –, dann ist damit leider unvermeidlicherweise verbunden, dass wir den Men-

schen in diesem Land einiges abverlangen müssen. Das ist ganz klar. Die Verantwortung, die wir für das Größere haben, für die größere Gemeinschaft, nämlich unter Hinzunahme künftiger Generationen, macht es unumgänglich, genau so zu entscheiden. Das wissen Sie.

Wir sollten konstruktiv darüber diskutieren, wie wir dieser Verantwortung gerecht werden. Wir werden ihr nicht gerecht, wenn wir einfach so weitermachen wie in der Vergangenheit: mit Luftbuchungen über Verkäufe beim BLB, völlig unrealistischen Einnahmen, zu hohen Steuerschätzungen. Das ist nicht der richtige Weg. Das muss hier abschließend noch einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 12 in Verbindung mit dem Einzelplan 20. Wir haben vereinbart, dass in der Mittagspause keine Abstimmungen stattfinden. Die Abstimmungen finden erst nach 14 Uhr statt, so dass ich jetzt überleiten kann auf den nächsten Einzelplan.

Ich rufe den **Einzelplan 11** auf:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Wir beginnen mit dem **Teilbereich „Arbeit und berufliche Weiterbildung, Soziales“**.

Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Schmelzter das Wort.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ – Mit diesem Slogan ist die Union in die Landtagswahl des vergangenen Jahres gezogen. Herr Minister Laumann hat es in seiner Erklärung vor dem Ausschuss zur zukünftigen Regierungsarbeit noch einmal unterstrichen. Jetzt, ca. ein Jahr danach, stellen wir fest: Sie haben keine Arbeit geschaffen, demnach – nach Ihren eigenen Formulierungen – unsozial regiert, was sich nicht nur an den Kindern und Jugendlichen in diesem Land festmacht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Vor zwei Tagen hatten wir den Tag der Arbeit. Was sagt der Ministerpräsident? – Er steht zur Tarifautonomie, er steht für Flächentarifverträge, er setzt auf die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften – das typische Bild dieser Landesregierung: draußen das Wunschbild der Zuhörer

zeichnen und in der tatsächlichen Politik anders handeln als versprochen.

(Beifall von der SPD)

Was ist denn mit der Tarifautonomie? – Zwölf Wochen nunmehr untersagt der Finanzminister den Unikliniken, zu verhandeln. Der Einsatz des Ministerpräsidenten für die Tarifautonomie ist gleich null.

Und der Arbeitsminister? – Auf dem CDA-Landeskongress einstimmig eine Resolution für Tarifverhandlungen verabschieden, um wenige Tage später den Medien mitzuteilen, es stehe ihm nicht zu, seinem Kabinettskollegen Ratschläge zu erteilen, und bei einem Arbeitnehmerempfang in Dülmen wiederum mitzuteilen, dass man die Gewerkschaften an dieser Stelle nicht demütigen dürfe. Ja, was denn nun, Herr Laumann? – Geben Sie endlich Ihrem Finanzminister den notwendigen Ratschlag, Tarifverhandlungen zuzulassen; denn dieser Finanzminister hat diese Ratschläge nötig.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken
[SPD]: Das traut er sich nicht!)

Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen Phase, die ausgesprochen hoffnungsfroh stimmt. Der Export und zunehmend auch die Nachfrage im Inland stützen die Konjunktur stärker als noch vor wenigen Monaten erwartet.

Wir befinden uns zugleich auf dem Arbeitsmarkt in einer weiterhin äußerst angespannten Lage. Der konjunkturelle Aufschwung erreicht den Arbeitsmarkt nur am konjunktursensitiven Ende. Die strukturellen Probleme bleiben bestehen, und zwar bei den ganz Jungen und bei den Älteren. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt weiterhin zu, das zeigen uns die Zahlen des vergangenen Donnerstags, die die Regionalstelle der Bundesagentur nur zufällig am Tag der Verkündung der erhöhten Wachstumsprognose veröffentlicht hat.

Die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger stieg im April langsam, aber offensichtlich abgekoppelt von der wirtschaftlichen Belegung abermals auf nunmehr 705.280 Bezieher an.

Am Donnerstag gab es auch eine andere bedenkliche Übersicht: Landesweit waren Ende April 74.020 und damit 4,9 % weniger Ausbildungsplätze gemeldet als vor Jahresfrist. Zugleich stieg die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber innerhalb eines Jahres um 9.750 junge Menschen oder 8,7 %. Das ist nicht alles: Wir beklagen zugleich 38.000 unversorgte Jugendliche, eine Zahl, die noch aus den letzten Jahren rührt. Das ist eine

Entwicklung, die uns alle nicht glücklich schätzen darf. Das heißt: Die Probleme verschärfen sich und verschärfen sich von Jahr zu Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Kluft, die uns in höchstem Maße Sorge bereiten muss. Ich fordere: Das Land darf sich nicht verstecken. Die Landespolitik hat eine große Verantwortung sowohl für die Langzeitarbeitslosen als auch für die Jugendlichen.

Doch was passiert in Nordrhein-Westfalen? – Hinter der eindrucksvollen Fassade des Arbeitsministers: viel zu wenig. Viele Ankündigungen, teilweise oder besser gesagt meistens in den Medien, manchmal auch im Plenum oder im Ausschuss. Viele Schnellschüsse mit vermeintlich enormen Erfolgszahlen – medienpolitisch genial. Aber die tatsächliche Umsetzung – wie von uns moniert – erschreckend wenig.

Als Beispiel nenne ich das Werkstattjahr, das – wie wir Ihnen damals in der Debatte attestiert haben – vom Ansatz her gut ist, sich im Detail aber zu dem entwickelt hat, was wir befürchteten: zu einem Rohkrepierer, der sehr weit hinter den von Ihnen vollmundig angekündigten Ergebnissen zurückbleibt. Die Expertenanhörung hat zusätzlich die handwerklichen Fehler eindrucksvoll aufgezeigt.

Dieser Arbeitsminister hat außerdem bereits kurz nach seinem Amtsantritt angekündigt, dass die Landesmittel für Arbeitsmarktpolitik massiv heruntergefahren werden. Das hat sich in dem Haushaltsentwurf leider bewahrheitet. Die Landesregierung hat die Mittel dort um mehr als 22 % gekürzt.

Ebenfalls seit letzter Woche wissen wir: Das war nicht alles. Finanzminister Linssen griff nochmals in Laumanns Kasse. Zusätzlich werden weitere 2 Millionen € aus der Arbeitsmarktpolitik abgesaugt. Die lapidare Begründung im Antrag: kann auch von Dritten erbracht werden.

Das sind Mittelkürzungen, die genau zwei Gruppen treffen: die Langzeitarbeitslosen und die Jugendlichen. Das ist das, was sich hinter der freundlichen, medienwirksamen CDA-Fassade abspielt: der Abschied des Landes aus dem Arbeitsmarkt, durchgeführt durch den Arbeitsminister – prost Mahlzeit kann ich an dieser Stelle nur sagen.

Der Raubbau an den Perspektiven der Arbeitssuchenden in Nordrhein-Westfalen wird weder durch die Anstrengungen des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit noch durch zusätzliche Mittel der freien und kommunalen Träger auszugleichen

sein. Das Land entzieht der nachhaltigen Beschäftigungspolitik den finanziellen Boden.

Ihr Zaubermittel, Herr Laumann, heißt Europa. Ja, da, wo wir europäische Mittel einsetzen können, müssen wir dies auch tun. Aber, Herr Minister, mit dem Tenor, dass wir als Land auch in der Verantwortung bleiben. Die Kofinanzierung zukünftig ausschließlich auf Dritte abzuwälzen ist landespolitisch unverantwortlich. Sie müssen zur Kofinanzierung des Landes stehen und auch sachlich und fachlich Verantwortung übernehmen.

Die Kommunen in unserem Land werden die notwendige Kofinanzierung nicht schultern können. Somit werden Mittel nicht in vollem Umfang abgerufen, und Sie, Herr Laumann, stehen gut da, weil Sie eine gute Idee hatten, die Dritte nicht in der Lage waren umzusetzen. Das ist ein populistischer, aber billiger Taschenfummlertrick, den wir Ihnen an dieser Stelle arbeitsmarktpolitisch nicht durchgehen lassen werden und auch nicht durchgehen lassen dürfen – wir nicht, die Betroffenen und die Arbeitslosen in diesem Land. Herr Minister, das sind Ihre Arbeitssuchenden. Sie wissen wie ich: Die Zahlen haben sich trotz Ihrer vollmundigen Ankündigungen im Herbst letzten Jahres zum Vorjahr in keinsten Weise verbessert.

Zu dem Sozialen, was Ihres Erachtens Arbeit schafft, habe ich jetzt einiges gesagt. Aber wie sieht es mit Ihrem Sozialen in Ihrem Haus aus? – Sie haben den Ansatz der Stiftung Wohlfahrtspflege um 11 Millionen € auf 14 Millionen € in 2006 gekürzt. Dies wird nach Ihren Aussagen dadurch kompensiert, dass es Haushaltsreste in entsprechender Höhe gibt, sodass auch in diesem Jahr unverändert 25 Millionen € zur Verfügung stehen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Wir alle wissen, dass es Gespräche zwischen den Fraktionen darüber geben sollte, die Förderung der Stiftung langfristig auf dem Niveau von mindestens 25 Millionen € zu sichern. Trotz der Ankündigung der CDU im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dass man gemeinsam zu einer verbindlichen Absicherung der Stiftung Wohlfahrtspflege für die Zukunft kommen wolle, hat es allerdings bis heute in dieser Frage keinerlei Bewegung gegeben.

Deshalb fordere ich an dieser Stelle nochmals nachdrücklich dazu auf, dass die Stiftung Wohlfahrtspflege nicht kaputtgespart werden darf. Sie ist noch eines der wenigen Instrumente, die das Land hat, um innovative Ansätze zu fördern. Wenn langfristig nicht eine Nettoförderung von 25 Millionen € gesichert wird, dann sind auch Ein-

schnitte beispielsweise in der politischen Behindertenarbeit unabwendbar.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wenn Sie sich angucken, was Sie früher gemacht haben, ist Ihre ganze Rede scheinheilig!)

Damit ist dann auch Ihre Ansage, Herr Minister, dass die Behindertenpolitik die Königsdisziplin der Sozialpolitik sei, nichts als Augenwischerei und wieder einmal ausschließlich populistisches Blenden.

Die freie Wohlfahrtspflege ist in drei großen Bereichen von Kürzungen des Landes betroffen. Zum Ersten wird die Globaldotation um knapp 500.000 € auf 9,3 Millionen € gekürzt. Zum Zweiten werden in fast allen Bereichen, in denen die Wohlfahrtsverbände alle Träger aktiv sind, die Projektmittel gekürzt. Zum Dritten sind sie betroffen von der Kürzung der Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege.

Einmal abgesehen von den Einschnitten in den vielen einzelnen Politikfeldern, die wir in den Beratungen um die verschiedenen Einzelpläne noch ausführlich diskutieren werden, wird damit in der ganzen Breite gesellschaftlicher und sozialer Aufgaben das Ehrenamt geschwächt. Das Ehrenamt, das doch in den Reden – wohl gemerkt: nur in den Reden – des Ministerpräsidenten so in den Vordergrund gestellt wird, spielt bei Ihnen leider immer nur – um die fußballerische Sprache zu benutzen – im Abseits.

(Beifall von der SPD)

Durch die Kürzung der Globaldotation werden der freien Wohlfahrtspflege direkt Mittel und damit Kapazitäten und Kompetenzen für Innovationen, neue Konzepte und Ideen zur Förderung eines zeitgemäßen bürgerschaftlichen Engagements genommen.

Die soziale Arbeit benötigt hingegen in vielen Arbeitsfeldern zusätzliche Ressourcen, um mithilfe des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe den vielschichtigen Problemen vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – ich nenne hier zum Beispiel Armut, Ausgrenzung, Pflegebedürftigkeit, mangelnde Prävention im Gesundheitsbereich, mangelnde Bildungsunterstützung – qualifiziert begegnen zu können.

Mit den geplanten Kürzungen wird den Ehrenamtlichen und Freiwilligen die Möglichkeit genommen, ihre oftmals sehr anstrengenden sozialen Tätigkeiten zu unterstützen und damit wertzuschätzen. Allein der Appell, dass Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt engagieren sollen, reicht nicht aus und wird den Umfang des Engagements natürlich

nicht steigern. Das Engagement der Ehrenamtlichen in unserem Land ist enorm. Mit Ihrer Haushaltspolitik entziehen Sie ihnen nach und nach die Grundlagen für ihre Arbeit.

(Beifall von der SPD)

Die neue Landesregierung hat die Schaffung von 1.000 neuen Ausbildungsplätzen versprochen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass der Ansatz für die Finanzierung der Altenpflegeausbildung lediglich um 397.800 € steigt, von 30,6 Millionen € in 2005 auf 31 Millionen € in 2006. Die Schaffung von 1.200 zusätzlichen Schulplätzen in der Altenpflegeausbildung war unserer Landesregierung im Doppelhaushalt 2004/2005 allerdings noch 4,6 Millionen € wert. Dass mit dem bescheidenen Mittelansatz von rund 400.000 € 1.000 zusätzliche Schulplätze geschaffen werden können, funktioniert nur, weil die Landesregierung die pauschale Förderung pro Platz von derzeit 317 € in zwei Schritten auf 280 € ab 2007 absenkt.

Damit werden die Wählerinnen und Wähler wieder einmal in zweifacher Weise betrogen. Zum einen wurden aus versprochenen Ausbildungsplätzen nur noch Schulplätze. Und diese müssen zum anderen von den Trägern der Altenpflegefachseminare auch noch selber finanziert werden. Die Landesregierung macht auch hier wieder einmal Versprechungen, die andere einlösen müssen, die dann unter Umständen auch noch dichtmachen müssen, weil Sie ihnen den Hahn auf Tröpfchenniveau abgedreht haben. Das nenne ich bei der Sozialpolitik die Laumannschen Daumenschrauben des 21. Jahrhunderts.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Ihre Reden überall im Land entsprechen nicht dem, was Sie hier in Regierungsverantwortung vollziehen. Wenn Sie als Arbeits- und Sozialminister nur halbwegs so handeln würden, wie Sie draußen reden, dann ginge es uns im Land besser. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schmelzter. – Nur für jemanden, der es aufmerksam verfolgt hat: Wir hatten aufgrund eines technischen Defizits die Zeit auf 13 Minuten eingestellt. Herr Schmelzter, Sie sind unterhalb dieser 13 Minuten geblieben. Ich sage das auch nur für den Fall, dass jemand nachfragen sollte, weshalb die Redezeit an der Stelle länger als die verabredeten zehn Minuten war. Für die nachfolgenden Redner haben wir aber jetzt die korrekte Zeit eingespielt.

Ich gebe als nächstem Redner für die Fraktion der CDU dem Kollegen Post das Wort.

Norbert Post (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herr Schmelzter, Sie haben das hervorragend beschrieben:

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmelzter [SPD]: Ich befürchte, da kommt noch etwas!)

Ihre Hinterlassenschaften sind deutlich geworden. Das war ein Bekenntnis zu einer Hinterlassenschaft, die Sie uns im Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsbereich hier garniert haben. So aber kommen Sie nicht davon. So einfach ist das nicht, all das aufzuzählen, was Sie nicht gemacht haben, und uns das in die Schuhe zu schieben.

Der Haushalt Arbeit, Gesundheit und Soziales wird ja weitestgehend, was das Land angeht, in Höhe von 1,5 Milliarden € durch Bundes- und 750 Millionen € durch Landesgesetze festgezurr, sodass höchstens 15 % überhaupt bewegliche Mittel bleiben. Mit den Personalkosten zusammen heißt das, dass jedem kundigen Thebaner klar wird, dass es nur einen geringen beweglichen Prozentsatz gibt. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Der Haushalt des Ministeriums musste Streichungen hinnehmen. Das war schmerzlich. Das haben wir nicht gerne gemacht. Das sind im Gesamthaushalt jedoch keine Einsparungen, sondern nur geringere Kreditierungen. Das müssen Sie sich bewusst machen, wenn es darum geht, dass Sie diese Kreditierungen doch irgendwann bezahlen wollten. Das hatten Sie einmal vor. Ob das überhaupt möglich ist, haben Sie uns nicht erzählt.

Dennoch: Wir stehen zu dem Grundsatz, nach dem Arbeitserhalt und Arbeitsschaffung die beste Grundlage für eine vernünftige Sozialpolitik und für einen guten Sozialstaat sind. Jugendliche in Ausbildung zu bringen hilft gegen Jugendarbeitslosigkeit später. Fortbildung hilft, den Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Innovative Stützung des Arbeitsmarktes hilft langfristig, neue Arbeitsplätze zu schaffen. So waren im Bereich der Arbeitsmarktpolitik neue Konzepte möglich, die beim Bildungsscheck mit 12,6 Millionen € und durch das Werkstattjahr, das auch in diesem Jahr gefördert wird und im vorigen Jahr Anlaufschwierigkeiten hatte, weil es erst im November starten konnten, dargestellt werden.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das Programm „Jugend in Arbeit“ allerdings wollte die rot-grüne Regierung ganz kürzen und über-

haupt nicht weiterführen. Das kann jetzt weiterlaufen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wir haben es ausgebaut!)

Im Laufe des Jahres werden wir sicher Strukturen aufzeigen können, nach denen sich die durchaus vorhandene Arbeit, die sich aber für die Menschen wegen des geringen Einkommens nicht lohnt, doch zu Arbeit machen lässt. Wir werden Ihnen Vorschläge vorlegen, die mit Sicherheit Menschen in Arbeit bringen, die Sie eigentlich schon vergessen hatten.

(Heiterkeit von Rainer Schmeltzer [SPD])

Zurück zur Haushaltstechnik. Die nötigen Einsparungen führen nicht zu Nachteilen für die Beschäftigten oder für die Arbeitslosen, sondern erhalten weitestgehend Strukturen und zerschlagen sie nicht. Ich weiß sehr wohl, dass es Kürzungen gibt.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Die haben mir wehgetan. Sie haben uns das Leben nicht einfacher gemacht, den Haushalt auch im Vorfeld zu beraten. Aber wir wissen auch, dass nicht-nachhaltige Haushaltspolitik eine saumäßige Sozialpolitik ist. Die nicht-nachhaltige Haushaltspolitik haben Sie uns hinterlassen.

Lassen Sie mich zum Sozialhaushalt kommen. Eine durchgreifende und nachhaltige Haushaltskonsolidierung kann leider auch den Sozialbereich nicht ganz ausnehmen; ich sagte das eben. Nur solide Landesfinanzen sichern auch die Zukunft der sozialen Hilfen für Menschen, die auf diese Hilfen angewiesen sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Eben!)

Deshalb fällt es besonders schwer, in diesem Bereich Einsparungen hinzunehmen. Das ist allerdings – das haben Sie ganz vergessen – auch in den vergangenen Jahren schon in größerem Maße bei uns angetragen worden. Unter der Vorgängerregierung wurden die Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen schon erheblich gekürzt. Sie mussten Streichungen hinnehmen. Darum war für uns Augenmaß gefordert. Ob wir das immer erreicht haben, entscheiden die Menschen. Aber wir mussten an der Stelle sicherlich – das betone ich ausdrücklich – besonders sensibel vorgehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nur haben wir mit den Leuten vorher gesprochen! – Minister Karl-Josef Laumann: Mit wem? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit den Verbänden zum Beispiel! – Weitere Zurufe)

Sie werden eindeutig zugestehen müssen, dass der Haushalt Arbeit, Soziales und Gesundheit in dieser schlechten Lage des Landes fast ungeschoren davongekommen ist.

So stehen für Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Behinderungen erneut – wie im Vorjahr – 4,46 Millionen € zur Verfügung. Auch bei den Hilfen für demenziell erkrankte alte Menschen bleibt die Landesförderung ungekürzt. Ebenso werden Wohnberatungen und neue Wohnformen in vollem Umfang weiter gefördert. Angesichts der wachsenden Bedeutung alternativer Wohnformen ist es ein vorrangiges Ziel, die Strukturen abzusichern. Darüber sind wir übrigens im ganzen Haus, denke ich, einig. Den Antrag werden wir in der nächsten oder übernächsten Woche zu beraten haben.

Das gilt auch für die Globaldotation an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Das haben diese nicht gern gehört; das ist mir vollkommen klar. Aber wegen der hervorragenden Verhandlungen des Ministers mit den Verbänden und mit dem Einsehen, dass Geld nun einmal nicht vermehrbar ist, ist es zu einer akzeptierbaren Kürzung gekommen, die über die Jahre möglich erscheint. Das gibt den Verbänden auch für die nächsten Jahre die notwendige Planungssicherheit.

Den größten und entscheidenden Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leistet nachweislich die Stiftung Wohlfahrtspflege. Sie erhält aus dem Spielbankengeschäft 11,065 Millionen € weniger als im vergangenen Jahr. Sie ermöglicht durch diesen Verzicht, dass andere Bereiche, wie eben deutlich gemacht, verschont bleiben konnten. Ich verhehle nicht, dass diese Entscheidung mir auch schwer gefallen ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihnen scheint alles schwer gefallen zu sein!)

– Ja. Wir gehen verantwortungsbewusst mit den Dingen um.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das merkt man aber nicht!)

Herr Schmeltzer, merken Sie sich das. Diese Entscheidung akzeptiere ich nur sehr schweren Herzens. Uns als CDU-Fraktion war es in den vergangenen Jahren auch immer ein Anliegen, den in NRW unverzichtbaren Beitrag der Stiftung für die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur und des sozialen Klimas krisenfest zu machen. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten.

Es sei Ihnen gesagt: Wir werden auch die Mittel der Stiftung wieder auf den alten Stand bringen.

(Zuruf von der SPD: Wann?)

Davon können Sie ausgehen. Dieses Jahr stehen der Stiftung 25 Millionen € zur Verfügung,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein! – Minister Karl-Josef Laumann: 25,6 Millionen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Legen Sie dar, wie wir es verabredet haben!)

und nächstes Jahr auch. Schauen Sie nach im Haushalt; Sie werden es sehen! Wir hätten noch Hunderte von Wünschen gehabt. Es gibt Wünsche, deren Erfüllung wir im Haushalt auch gern mit einer gewissen, den Entscheidern der letzten Jahre eigenen Freigiebigkeit hätten ausführen mögen. Aber wir haben uns auch im Arbeits- und Sozialbereich sowie im Gesundheitshaushalt eine Selbstbeschränkung auferlegen müssen, weil eine weitere Anhäufung der Schuldenberge der unsozialste Weg ist, nämlich der Weg, den Leuten die Last aufzubürden, die heute nicht mitentscheiden können.

Der Haushalt ist so konzipiert, dass wir ihn mitverantworten können. Diese Verantwortung gilt zum einen der heutigen Situation der Gesellschaft, zum anderen haben wir aber auch eine Verantwortung für künftige Generationen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schwer genug für uns und diejenigen, die aus ihrer Sicht die bisherigen Förderungen und Initiativen als notwendig erachtet haben. Die grundsätzliche Fragelinie, der man sich stellen muss, ist in etwa wie folgt zu beschreiben: Muss alles, was als wünschenswert betrachtet wird, wirklich gemacht werden? Muss alles – auch wenn es sozialpolitisch noch so sinnvoll ausgeführt wird – gegen Bezahlung und Förderung gemacht werden? Hat unsere Freizeitgesellschaft nicht noch andere Ressourcen? Muss alles, was sinnvoll erscheint, vom Staat bezahlt werden?

Wenn wir, wie bisher, diese Fragen weiterhin mit Ja beantworten, ändert sich nichts. Das Ergebnis kennen wir. Auf dem Arbeitsmarkt hat es auch nicht nachhaltig geholfen. Wohl aber hat es in den letzten Jahren zu dieser chaotischen Finanzlage des Landes geführt. Diese Politik würde zu einer sich weiter potenzierenden Verschuldung führen, derer wir nicht mehr Herr werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen Sie die Kraft zusammen und arbeiten Sie für die Zukunft unserer Kinder und nicht auf Kosten der Zukunft. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Post. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Steffens das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Post, gerade von Ihnen hätte ich mir ein bisschen mehr Selbstkritik gewünscht, und zwar bezogen auf das, was Sie in den letzten Jahren, als Sie in der Opposition waren, hier vollmundig verkündet haben, was Sie tun würden, wenn Sie an der Regierung wären, was Sie den Menschen in diesem Land versprochen haben, bewusst und wissentlich vor dem Hintergrund der Haushaltslage, in der sich das Land befindet.

Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen ist nicht vom Himmel gefallen, sondern die haben Ihre Kolleginnen und Kollegen uns in jeder Haushaltsdebatte und bei jeder Einzelplanberatung vorgeworfen. Trotz dieser Haushaltslage haben Sie aber immer wieder verkündet, was Sie alles anders und mehr finanzieren wollten, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Ich werde Ihnen das gleich anhand einiger Beispiele noch einmal verdeutlichen. Sie haben den Menschen viel versprochen, Ihre Versprechen aber gebrochen.

An der Stelle hätte ich von Ihnen eine Portion Selbstkritik, vielleicht sogar ein Stück weit die Zurrücknahme dessen, was Sie in der Vergangenheit mit uns gemacht haben, erwartet. Sie haben hier bei jeder Haushaltsdebatte die Menschen auf die Bäume getrieben und sie dazu aufgefordert, Widerstand zu leisten und Protest zu erheben gegen Kürzungen, bei denen sich unsere Begründungen in mancherlei Hinsicht nicht von denen unterscheiden, die Sie heute anführen.

Ich will Ihnen das an einigen Beispielen deutlich machen.

Zur Arbeitsmarktpolitik! Wir haben – Kollege Schmeltzer hat es eben noch einmal gesagt – mehr Jugendliche denn je ohne Ausbildung. Die Zahlen steigen sogar noch. Was haben Sie in den letzten Jahren hier im Landtag vertreten? Gerade Sie auch als Person haben immer versprochen: „Betrieb und Träger“ ist ein ganz wichtiges Programm für die Jugendlichen im Übergang. Sie haben es als das wichtigste Programm überhaupt bezeichnet, das man unbedingt auflegen und erhalten müsse. – Ich selber war Kritikerin der Kürzung und Streichung bei BUT. Der Vorgängerminister hat seinerzeit gesagt: Wir müssen das ma-

chen und die Jugendlichen in dem Programm „Betrieb und Schule“ unterbringen, weil das Programm preiswerter ist. Wir wollen ein Angebot für mehr Jugendliche, das preiswerter ist, statt für weniger Jugendliche auf hohem Qualitätsniveau.

Damals haben Sie den Aufstand geprobt und die Landesregierung gezeißelt. Sie haben gesagt, das Geld müsse im Haushalt zur Verfügung stehen. Jeder einzelne Jugendliche müsse qualifizierte und hochgradig wichtige Angebote gemacht bekommen. Wo sind Ihre Angebote jetzt? Wo haben Sie BUT wieder eingerichtet? Jetzt hätten Sie die Möglichkeit gehabt; damals haben Sie es versprochen. Das Versprechen ist gebrochen.

Das gilt auch bezogen auf „Jugend in Arbeit“. Sie haben heute wieder von der bösen rot-grünen Landesregierung gesprochen, die „Jugend in Arbeit“ heruntergefahren habe. Aber Sie haben doch jetzt die Macht: Warum fahren Sie das Programm nicht wieder herauf, wenn es so gut war?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das machen Sie nicht, sondern stellen sich jetzt noch hin – obwohl Sie an der Macht sind – und sagen: Wir können nicht, weil die anderen etwas falsch gemacht haben! – Das ist hanebüchen. Jedes Kind lernt doch, dass man die Verantwortung für sein Handeln aktuell und jetzt, hier und heute selber übernehmen muss.

(Widerspruch von Norbert Post [CDU])

– Herr Post, Sie waren eben an der Reihe. Sie können sich gerne noch einmal zu Wort melden. Lassen Sie mich jetzt ausreden.

Die Verantwortung, die Sie hinsichtlich dieses Haushalts haben, übernehmen Sie bitte selber. Gehen Sie nicht hin und machen solche Sprechblasen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte noch weitere Beispiele bringen. Gerade der Übergang von der Schule in den Beruf und das Übergangsmanagement sind wichtig. Darüber haben wir in der Vergangenheit geredet. Es gab immer wieder die Ermahnung, dort müsse Geld hineingegeben werden. Statt den Jugendlichen eine bessere Berufsberatung anzubieten, werden selbst Berufsberatungsangebote der Regionalstellen „Frau und Beruf“ gestrichen. Auch andere Maßnahmen werden gestrichen. Statt den Jugendlichen zu helfen, wird auch dort der Hahn zugedreht. Sinnlose Warteschleifen werden angeboten.

(Widerspruch von Norbert Post [CDU] – Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch nicht wahr!)

– Nein, Herr Post, schütteln Sie nicht den Kopf. Das ist die Politik, die Sie in diesem Bereich machen.

Zum Werkstattjahr hat der Kollege eben schon etwas gesagt. Auch dort handelt es sich um Warteschleifen für die Jugendlichen. Sie werden in dem Umfang noch nicht einmal mehr angenommen. Das ist nicht das, was einem Jugendlichen eine Ausbildung oder eine Berufsperspektive bietet. Sinnvolle Maßnahmen für Jungen und Mädchen haben Sie nicht auf den Weg gebracht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Steffens, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Henke?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Aber klar, Herr Henke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Henke.

Rudolf Henke (CDU): Frau Kollegin Steffens, nachdem Sie alles kritisiert haben, was nicht in Anträge umgesetzt worden ist, möchte ich Sie fragen: Besäßen Sie die Güte, dem Hohen Hause noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass sich während der letzten Amtszeit der rot-grünen Koalition die Haushaltssituation alleine um etwa 30 Milliarden € verschlechtert hat, weil Sie jedes Jahr in einer Größenordnung zwischen 5 und 6 Milliarden € zusätzliche Schulden aufgenommen haben?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Dazu kann ich gerne etwas sagen, Herr Henke. Dass sich die Haushaltssituation verschlechtert hat, darüber haben wir heute Morgen schon anlässlich der Generaldebatte über den Einzelplan des Finanzministers geredet. Ich rede hier aber nicht über zusätzliches Geld, sondern über die Mittel, die beispielsweise für „Jugend in Arbeit“ oder andere Programme verwendet werden könnten. Das ist eine Frage der Prioritätensetzung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe Haushaltsänderungsanträge gestellt, die kostenneutral sind. Die Spielwiesen, die Sie zum Teil bedienen, möchten wir nicht bedienen, sondern wir sagen: Die Prioritätensetzung muss bei Jugendlichen, bei Jugend und Arbeit, bei den Langzeitarbeitslosen geschehen. Es geht um den

Arbeitsmarktbereich. Herr Post, wenn Sie unsere Anträge gelesen hätten, würden Sie erkennen, dass es in keinem einzigen Fall um zusätzliches Geld geht. Aber Sie gehen sogar hin und schreiben in der Pressemitteilung der CDU zu der Kostendeckung Ihrer neuen Änderungsanträge, dass es sozial gerecht und ausgewogen sei, im Arbeitsmarktbereich noch einmal 2 Millionen € zu streichen. Also wenn Sie da so viel Geld haben, setzen Sie es in diesen inhaltlichen Bereichen ein, wo es dringend notwendig ist, statt dort zu kürzen.

Wir haben im Ausschuss Gespräche mit den Chefs der Argen in NRW geführt. Alle sagen: Die sozialpolitische Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen liegt jetzt in einem hohen Maße bei der Landesregierung. Angebote wie Kombilohn, die wieder zeitlich befristet sind und große Mitnahmeeffekte auslösen, sind nicht die Angebote, die notwendig sind.

Wir haben andere Anträge und andere Vorschläge eingebracht, die im Arbeitsmarktbereich – wie gesagt – in Gänze kostenneutral sind; sie kosten null Euro mehr. Aber Sie wollen den Zug in eine andere Richtung steuern. Ich sage: Das ist eine Richtung, die falsch ist und nicht zum Ziel führt. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie einen Bruchteil dessen, was Sie in der Opposition zur Arbeitsmarktpolitik verkündet haben, jetzt in der Regierung umsetzen. Dann entstünde für das Land eine andere Politik – zumindest eine, die sozialpolitisch nicht so katastrophal ist wie das, was Sie jetzt umsetzen.

Ich möchte auch etwas zu den anderen sozialpolitischen Bereichen sagen, auch wenn Kollege Schmelzter schon viel zum Thema Globaldotation der Wohlfahrtsverbände gesagt hat, und auf die Stiftung Wohlfahrtspflege eingehen. Herr Post, Sie und gerade auch Frau Monheim, die mit Herz, Leib und Seele an der Stiftung hängt, haben in der Opposition einen Antrag zur seriösen Sicherstellung der Finanzierung der Stiftung Wohlfahrtspflege eingebracht und gefordert, dass sie endlich mehr Geld bekommt. Sie wollten eine prozentuale Festschreibung der gesamten Spielbankerlöse, damit dauerhaft eine Mindestsumme sichergestellt ist und jedes Jahr ein Sahnehäubchen obendrauf kommt.

Damals habe ich mit Frau Monheim und vielen anderen aus der Opposition darüber geredet und gesagt: Ich halte diesen Antrag für unseriös. Wir können froh sein, wenn wir die Summe, die wir haben, halten. – Darauf kamen wilde Beschimpfungen, das sei eine Sauerei, die Spielbankerlöse müssten den Menschen zugute kommen, für die sie gedacht seien.

Jetzt kürzen Sie massiv. Es ist Augenwischerei zu sagen: Da steht aber die Summe von so und so viel drin. – Sie kürzen so massiv, dass wir noch genau eine einzige Sitzung in diesem Jahr durchführen können, wenn es bei diesem Haushalt bleibt, weil alle anderen Mittel für die Beschlüsse der letzten Jahre verausgabt sind.

Wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Laumann, und sagen, es wäre eine Katastrophe, wenn man bei der Krankenhausfinanzierung schon die Mittel der Zukunft bewilligen würde,

(Minister Karl-Josef Laumann: Darüber reden wir gleich!)

dann ist das genau dasselbe, was Sie jetzt für die Stiftung Wohlfahrtspflege verlangen, wenn der Finanzminister die Mittel im nächsten Jahr zusagt. Denn dann können wir nur über Verpflichtungsermächtigungen Beschlüsse fassen, die im nächsten Jahr finanziert werden, weil die Stiftung ...

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist ja nicht wahr!)

– Doch, das ist wahr. Das haben wir von der Stiftung auch schriftlich.

(Minister Karl-Josef Laumann: Nein!)

– Hören Sie mal: Ich sitze in der Stiftung, Sie nicht! Gucken Sie sich die Unterlagen an!

(Minister Karl-Josef Laumann: Reden Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

– Es sind noch Mittel in Höhe von 4 Millionen € da, über die wir beschließen können. Alle anderen Mittel sind verausgabt. Das ist kein Blödsinn; darüber können wir uns auch gerne anders unterhalten. Sie müssen den Leuten nicht auch noch hier etwas vormachen; es reicht schon, wenn Sie das mit Ihrer Politik landauf, landab tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich möchte noch auf zwei andere Bereiche eingehen. Bei der Altenpflegeausbildung haben wir wieder den Standard, der sich quer durch den Haushalt zieht: „versprochen – gebrochen“. Das machen Sie überall. Hier haben Sie 1.000 zusätzliche Altenpflegeausbildungsplätze versprochen. Die Altenpflegeausbildungsplätze gibt es in dieser Form nicht, weil es die Praktikumsplätze nicht gibt.

(Zuruf von Rainer Schmelzter [SPD])

Das wussten Sie vorher; deswegen konnte man solche Versprechen machen. Jetzt setzen Sie noch eins obendrauf und gehen mit der Summe der Finanzierung pro Platz herunter. Es ist schon

heute klar, dass deswegen Fachseminare schließen müssen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schließen!)

weil sie mit dieser Finanzierung keine adäquate qualifizierte Ausbildung vollziehen können. Es sind gute Seminare, die schließen werden. Damit werden wir einen noch größeren Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen haben. Gerade die CDU-Fraktion hat früher immer den Fachkräftemangel im Altenpflegebereich gegeißelt. Jetzt potenzieren Sie ihn im Vergleich zu dem, was wir in der Vergangenheit hatten.

Noch ein Beispiel, worüber in der Vergangenheit geredet und zu dem den Menschen das Blaue vom Himmel versprochen worden ist. Jetzt machen Sie eine Politik, bei der die Leute verdammt hart aufschlagen: Das sind neue Wohnformen im Alter und Wohnberatung.

Wir hatten eine Enquetekommission und übereinstimmend Ergebnisse – ein Buch, das überall in der Bundesrepublik gelobt wird. Statt diese Inhalte umzusetzen, steuert die Landesregierung in eine andere Richtung und sagt: Das soll irgendwer anderes machen.

Ein letzter Punkt, der mich am Ende Ihrer Rede heftig irritiert hat: Müssen wir denn alles finanzieren, was wünschenswert ist? Muss denn wirklich alles finanziert werden, oder kann das nicht vielleicht auch ehrenamtlich passieren?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Die Menschen in diesem Land leisten außerordentlich viel ehrenamtlich. Bei ihnen wird im Haushalt sowieso an allen Stellen gekürzt, weil das Ehrenamt Ihnen keinen Euro wert ist. Nun darüber zu reden, ob nicht noch mehr ehrenamtlich geleistet werden kann, finde ich zynisch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Ich möchte zum Schluss noch einen Satz des geschätzten Kollegen Henke, eine Bewertung des letzten Haushaltes zitieren. Herr Henke sagte damals, der Haushalt sei ein haushaltspolitisches Desaster für die Sozialpolitik in NRW. Ich kann nur sagen: Das haben Sie jetzt um ein Vielfaches übertroffen, Herr Henke. Das hier ist mehr als ein sozialpolitisches Desaster. „Viel versprochen – viel gebrochen“ ist Ihre Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen. Ich hoffe, dass die Menschen das nicht allzu lange mitmachen müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat Kollege Dr. Romberg für die Fraktion der FDP das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Herr Schmeltzer, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte höchstes politisches Ziel sein. In der Hinsicht sind wir völlig d'accord. Die Frage ist nur, ob wir hier in Nordrhein-Westfalen solitär Arbeitsmarktpolitik machen können, um Menschen in Arbeit zu bringen? Oder sind wir auf Voraussetzungen aus Berlin angewiesen?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Auch!)

– Auch.

Wenn man die Arbeitsmarktsituation in Nordrhein-Westfalen beurteilt, wäre es schon wichtig, beide Faktoren zu berücksichtigen. Ich denke, bei den Berliner Faktoren kommt erschwerend hinzu, dass sich der Arbeitsmarkt noch nicht ausreichend mit Leben erfüllt hat. Wenn man bedenkt, dass das Problem der ineffizienten Arbeitsvermittlung noch nicht angepackt worden ist, dass Millionen Euro vergeudet werden, ohne dass Menschen in Arbeit kommen, dass andere Strukturen wie die private Arbeitsvermittlung immer noch ein Schattendasein führen, dass Leiharbeitsfirmen verteufelt werden, obwohl sie einen guten Weg darstellen, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen, muss man zu dem Schluss kommen, dass all das mit beurteilt werden sollte, wenn wir über Arbeitsmarktpolitik sprechen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das muss man auch beurteilen, wenn man vollmundig etwas anderes ankündigt!)

– Es stimmt nicht, dass ich hier vollmundig irgendetwas anderes angekündigt habe, Herr Kollege Schmeltzer.

Sie haben von einer Phase der Wirtschaft gesprochen, die hoffnungsvoll stimmt. Wenn das Wirtschaftswachstum, das die Bundesregierung jetzt auf 1,6 % schätzt, wirklich die Hoffnung ist, die wir in den Arbeitsmarkt setzen, dann ist das zu wenig ehrgeizig. Wenn man bedenkt, dass im europäischen Umland ein Wirtschaftswachstum von 3 %, in den Vereinigten Staaten von über 5 % zu verzeichnen ist, dann wird deutlich, dass der negative Abstand, den wir haben, immer weiter zunimmt. Dieses Problem haben wir und auch das Problem, dass Millionen Menschen hier nicht in Arbeit kommen. Das muss sich ändern. Wir müssen den Arbeitsmarkt in Düsseldorf fit machen,

genauso in Berlin. Dafür tragen Sie auch Mitverantwortung.

Jetzt ist eine Mehrwertsteuererhöhung geplant, die auch Sozialdemokraten vehement einfordern. Herr Steinbrück, der in Nordrhein-Westfalen einmal ein hoher Würdenträger war – das ist noch gar nicht so lange her –, setzt sich jetzt vehement für die Mehrwertsteuererhöhung ein. Glauben Sie ja nicht, dass das eine soziale Politik ist.

(Beifall von der FDP)

Die Mehrwertsteuererhöhung trifft Menschen, die wenig Einkommen haben und die sich bestimmte Luxusgüter nicht mehr leisten können, wenn zusätzlich 3 % erhoben werden.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Ich würde in diesem Zusammenhang gerne deutlicher die Stimme der nordrhein-westfälischen SPD hören. Befürworten Sie diese Mehrwertsteuererhöhung auch so vehement, wie es Herr Steinbrück tut? Oder sind Sie da gespalten?

Wir haben das Problem, dass die Menschen für den Arbeitsmarkt zu wenig qualifiziert sind. Das Problem, dass die Bildungsabschlüsse nicht das notwendige Niveau und viele Menschen keinen Abschluss haben, ist über Jahre entstanden. Auch da setzt der neue Haushalt andere Schwerpunkte. Es wird vermehrt in Bildung investiert; neue Lehrer sind eingestellt worden. Man muss frühzeitig anfangen, statt nachher zu reparieren, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Es ist unkluge Politik, immer nur den Schaden zu begrenzen.

Man muss den Menschen die Möglichkeit geben, sich zu bilden und zu qualifizieren, um dann eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Das werden wir anders machen. Es dauert natürlich eine gewisse Zeit, bis wieder ein vernünftiges Bildungsniveau an nordrhein-westfälischen Schulen erreicht wird. Auch das ist Sozialpolitik. Hoher Bildungsstand ist wichtig, um nachher in der Gesellschaft seinen Platz zu finden. Da sind wir, wie ich denke, völlig d'accord.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen wird das neue Bildungssystem von allen so definitiv bekämpft: Lehrerverbänden, Schülerverbänden, Elternverbänden!)

– Veränderungen werden immer bekämpft. Hier wurde vieles immer auf demselben Stand gehalten. „Da könnte ja jeder kommen“, war das Argument. Es wurde gesagt: Das hatten wir immer schon, deswegen ist das gut.

Neue Wege brauchen Mut, Bewegung und Flexibilität. Da sollte man auch Zeit und Geduld haben, die Ergebnisse abzuwarten. Ich bin sicher, dass die Ergebnisse gut sind.

Frau Kollegin Steffens, die Grünen haben in den letzten zehn Jahren mitregiert. In Ihrer Rede hatte ich den Eindruck, als würde das ausgeblendet, als wäre die Situation in diesem Land von den Grünen überhaupt nicht mit zu verantworten.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Dieser Haushalt ist der erste, für den wir Verantwortung tragen. Die Erblast von 111 Milliarden € hat uns Rot-Grün übergeben.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Da war er wieder, der Redebaustein!)

Wenn ein Arbeits- und Sozialhaushalt auf Landesebene aufgestellt wird, ist entscheidend, wie viele Mittel man zur Verfügung hat. Das gänzlich auszublenden und zu sagen, jetzt würden die Prioritäten falsch gesetzt, ist nicht nachvollziehbar.

Hinsichtlich der 2 Millionen € übrigens, die im Nachtrag von den Koalitionsfraktionen aus der Arbeitsmarktpolitik umgeschichtet worden sind, haben wir die Prioritäten anders gesetzt. Wir haben argumentiert: Dieses Geld ist im Bereich Kinder wichtiger als in der Arbeitsmarktpolitik. – Dazu stehe ich auch; das vertrete ich offensiv. Dazu gibt es unterschiedliche Ansichten. Diese Priorität setzen wir aber so.

(Zurufe von der SPD)

Es ist gut, dass Minister Laumann in der Arbeitsmarktpolitik bei den Arbeitsmarktinstrumenten, die die Landesregierung eingesetzt hat, versucht, auch außerhalb des Landeshaushaltes nach Geldquellen zu schauen. Dass EU-Mittel eingeflossen sind, ist wichtig; sonst wären viele Programme nicht mehr finanzierbar gewesen.

Das Werkstattjahr zum Beispiel ist ein jetzt anlauendes Instrument, das gerade jungen Menschen, die bisher keine Chance hatten, eine Chance gibt. Das ist ein wichtiges Instrument, das leider nur mithilfe von EU-Mitteln möglich ist.

Dasselbe gilt für ältere Menschen mit Behinderungen, die integriert werden müssen. Auch das ist heute nur noch mit EU-Mitteln möglich. Es ist gut, dass die Landesregierung auf diese Mittel zurückgreift.

Weiteres Beispiel sind die Bildungsschecks. Wir haben eben gesagt: Qualifizierung und Bildung sind wichtig. Auch die Weiterbildung, insbesondere die berufliche Weiterbildung ist ein Instrument,

um das Bildungsniveau zu steigern, um die Chancen von Arbeitnehmern auf ihrem weiteren Berufsweg möglichst gehaltvoll zu unterstützen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie sieht es denn mit der Kofinanzierung aus?)

Es ist auch nicht so, dass im Bereich der Pflege jetzt alles kaputt gespart oder der Sozialstaat getötet würde. Das sind Vokabeln, die zurzeit zu hören sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die sind hier gar nicht gefallen!)

Im Landeshaushalt werden nach wie vor viele wichtige Projekte gefördert, die das Sozialgefüge mit erhalten, beispielsweise die Weiterentwicklung von ambulanten Hilfen für Menschen mit eingeschränkten Alltagskompetenzen. Diese werden unverändert fortgeführt. Im Bereich Wohnen bleiben die Wohnberatungsstellen, Frau Steffens, voll erhalten. Auch in diesem Zusammenhang haben Sie gerade behauptet, da werde etwas kaputt gemacht; das ist so nicht richtig.

Auch die Förderung bei der Qualitätssicherung in der Pflege wird fortgesetzt. Programme zur Unterstützung pflegender Angehöriger, Bewegungsangebote für Hochaltrige, Wohnprojekte – all das wird fortgesetzt. Von daher können Sie nicht behaupten: Dieses Land ist unsozial geworden.

All das sind Dinge, die fortgesetzt werden, bei denen wir nicht sagen können: Dieses Land ist damit unsozial geworden. – Dieses Land wird sozialer, weil die vorhandenen Mittel effizienter eingesetzt werden, weil wir von der Neuverschuldung herunterkommen wollen, weil wir soziale Infrastruktur auch noch in 20 Jahren erhalten wollen.

Wir baden jetzt die verkorkste Politik vergangener Politiker aus, die schon vor zehn, 20 Jahren schon Geld ausgegeben haben, das nicht da war. Wir können aber nur das Geld verteilen, das tatsächlich erwirtschaftet wurde. In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurde Geld verteilt, bevor es erwirtschaftet wurde. Das machen wir jetzt anders. Wir sehen zu, dass Geld erwirtschaftet wird, und nur das kann dann auch verteilt werden. Nur so können wir den Sozialstaat retten und erhalten.

NRW wird sozialer mit der Regierungspolitik von Schwarz-Gelb; darauf können Sie vertrauen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hunderttausende von Menschen vertrauen hier vor dem Landtag darauf!)

Es nimmt Ihnen keiner ab, wenn Sie hier schreien, dass wir NRW unsozial machen. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war ein Armutszeugnis!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorgelegte Haushaltsentwurf 2006 ist die finanzpolitische Grundlage für eine integrierte Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen,

(Beifall von der CDU)

für eine Politik eines starken Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsministeriums, des MAGS, eines Ministeriums, das mit der Tradition dieses Landes zu tun hat, aber von der Regierung vor mir zerschlagen wurde.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte zunächst einmal einige unwahre Behauptungen einiger Vorredner klarstellen: Trotz aller Unkenrufe, Frau Steffens, kann die Stiftung Wohlfahrtspflege in diesem Jahr 25 Millionen € bewirtschaften. Damit hat sie genauso viel Geld zur Verfügung wie in all den Jahren vorher. Wenn wir bei einer Stiftung, die Haushaltsausgabereste von 11 Millionen € im Haushalt hat, 14 Millionen € drauflegen, damit sie wieder 25 Millionen € bewilligen kann, wie es immer war, kann man nun wirklich nicht von Kürzungen sprechen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist Fakt!)

Ich werde kritisiert, weil ich den Landesanteil in der Kofinanzierung der ESF-Mittel zurückfahre. Ich will ganz ruhig darauf hinweisen, dass wir in Deutschland seit der Einführung der Hartz-Gesetze eine andere Arbeitsmarktpolitik haben, und das ist in Berlin beschlossen worden.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ist das! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit Ihnen!)

Die Argen und die Optionskommunen hatten im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen 1,1 Milliarden € für Arbeitsmarkt- und Eingliederungspolitik zur Verfügung und haben davon 660 Millionen € an den Bund zurückgegeben. Das ist die Wahrheit. Dass ich in dieser Situation eine Arbeitsmarktpolitik mache, bei der ich das ESF-Geld nehme und mit den Argen und Optionskommunen rede, die auch im ersten Quartal dieses Jahres nur etwa ein Drittel des Geldes ausgegeben haben, liegt doch wohl auf der Hand und ist keine

falsche Politik. Das kann überhaupt keine falsche Politik sein.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Falsche Politik ist, wie Sie haushalten!)

Jetzt sage ich Ihnen, was den vereinigten Oppositionsfraktionen hier im Landtag nicht gefällt: Sie wissen, dass ich in diesem Haushalt viele Millionen Euro eingespart habe und dass der Sozialminister, der Gesundheitsminister und der Arbeitsminister dieses Landes kaum in der Kritik steht. Es ärgert Sie, dass wir es so geschickt gemacht haben.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht!)

Die Wahrheit ist, dass wir die Gelder wesentlich zielgerichteter ausgeben, als es früher der Fall war; deswegen haben wir auch keinen großen Protest. Die Schwachen fallen bei mir eben nicht durch den berühmten Rost.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wird sich zeigen!)

Übrigens: Die Wohlfahrtspflege ist ausgesprochen gut auf mich zu sprechen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind draußen vor der Tür! Waren Sie schon da?)

weil sie bei Ihrer Regierung, bei Frau Fischer erlebt hat, dass ihr von heute auf morgen 20 % ihres Budgets weggenommen wurden. Ich habe mit den Wohlfahrtsverbänden darüber gesprochen, wie wir in drei Jahren eine Regelung von 20 % hinbekommen. Sie haben mir dann selber den Vorschlag mit 5 %, 5 % und 10 % gemacht. Das wird in den nächsten drei Haushaltsjahren von mir eingehalten, weil ich das so zugesagt habe. So kann man das mit den Verbänden auch regeln.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Geht doch!)

Es ist richtig, dass wir heute in erster Linie über den Arbeits- und den Ausbildungsmarkt sprechen. Natürlich sind die Rahmenbedingungen schlecht. Wir haben in Nordrhein-Westfalen von 2000 bis 2005 rund 400.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Wir sind von rundum 5,9 Millionen auf 5,5 Millionen gefallen. Da habe ich nicht regiert. Aber ich mache auch gar nicht den Vorwurf, dass das alles an der Landespolitik liegt. Trotzdem: Das grundlegende Problem unseres Arbeitsmarktes sind die fehlenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse. Wenn man davon 400.000 in fünf Jahren

verloren hat, dann hat man ein erhebliches Problem.

Zu den Ausbildungsplätzen: Im Jahre 2000 hatten wir in Nordrhein-Westfalen noch 128.000 abgeschlossene Ausbildungsverträge, 2001 waren es 126.000, 2002 115.000, 2003 111.000, 2004 115.000 und 2005 111.000. Das heißt, in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten fünf Jahren fast jede vierte Lehrstelle im dualen System weggefallen. Habe ich da regiert, oder waren andere dran?

Gleichzeitig sind die Schulabgängerzahlen von 195.000 im Jahre 2000 auf 213.000 im Jahr 2005 gestiegen sind. Das heißt, wir haben eine sehr schwierige Situation am Ausbildungsmarkt und im Übergang von der Schule in den Beruf, und das mittlerweile quer durch alle Qualifikationsstrukturen. Das wissen wir.

Was habe ich gemacht? – Ich habe in dieser Situation die Politik um den Ausbildungskonsens erhöht.

Im Jahre 2005 hat die Landesregierung 19,8 Millionen € rund um die Lehrstellen zur Verfügung gestellt. Ich stelle im Jahre 2006 51 Millionen € rund um die Lehrstellen und den Ausbildungskonsens zur Verfügung.

(Beifall von CDU und FDP)

Da muss man doch jetzt wohl zugeben, dass ich diesem Problem fehlender Lehrstellen im dualen System, das auch ich nicht von heute auf morgen ändern kann, mit einer äußerst geschickten Politik in der Frage des Ausbildungskonsens begegnet bin und den jungen Leute dadurch die Sorge, wenn es im dualen System nicht klappt, genommen habe, dass wir ihnen keine Hilfestellungen geben.

Im Jahre 2005 haben 84.000 junge Leute an Maßnahmen rund um den Ausbildungskonsens teilgenommen, während es bei mir 193.000 junge Leute sein werden. Vor allen Dingen haben wir den sogenannten Kompetenzcheck, wie es der Ausbildungskonsens wollte, erheblich ausgebaut, damit wir auch in der Treffsicherheit bei den unterschiedlichen Arten von Lehrstellen, für die sich die jungen Leute interessieren, besser werden. Vor allen Dingen muss es aufhören, dass so viele ihre Lehrstelle nicht antreten oder in den ersten Monaten wieder hinschmeißen; denn die werden leider nicht immer wieder neu besetzt. Deswegen kann man mit einer sichereren Auswahl am meisten helfen.

Ich finde, das ist eine gute Politik. Deswegen haben Sie das ja auch nicht kritisiert, und aus die-

sem Grunde wirkten Ihre Reden ja auch ein Stück weit scheinheilig.

Als ich ins Amt kam, gab es 20.000 junge Leute, um die sich in Nordrhein-Westfalen niemand kümmerte, außer in den ein, zwei Tagen, wenn sie zur Schule gehen. Ich habe dann gesagt: Reden wir nicht lange, womöglich noch ein ganzes Jahr. Ich will, dass das Werkstattjahr jetzt sofort in Kraft tritt. Und das war eine richtige Entscheidung.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden im kommenden Jahr auch in der Durchführung besser werden. Die Idee ist alternativlos richtig; das wird uns an jeder Stelle bescheinigt.

Als ich ins Amt kam, hatte die alte Landesregierung nicht einmal beschlossen, wie der sozialverträgliche Ausstieg der Bergleute weitergehen soll; denn sie hatten das Anpassungsgeld in der alten Landesregierung, weil sie sich nicht mehr einigen konnten, nicht verlängert. Und ich musste in wenigen Wochen Millionen Euros besorgen, um diesen Beschluss im Kabinett vorzubereiten, sonst wäre nämlich Ende Dezember dieses Jahres das unter Rot-Grün beschlossene Anpassungsgeld ausgelaufen und damit wären die Voraussetzungen für einen sozialverträglichen Abbau in den Bergwerken weggefallen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie kannten doch die Voraussetzungen!)

Als ich ins Amt kam, wurde auch schon über die Vogelgrippe geredet. Seitdem ich im Amt bin, haben wir 67 Millionen € ausgegeben, um unsere Bevölkerung vor der Grippe zu schützen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kommt nachher!)

und Sie hatten im Haushalt nicht einmal einen einzigen Euro dafür vorgesehen. Und in den Plänen, die wir in den Schubladen vorgefunden haben, war lediglich eine Versorgung von 3,5 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Das ist die Wahrheit über Ihre Politik, über Ihre vernachlässigten Aufgaben und über das, was wir in diesem Ministerium vorgefunden haben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie wissen, dass das so nicht stimmt, und kriegen auch noch einen cholerischen Anfall dabei!)

Wir haben uns dann an die Arbeit gemacht und uns dafür entschieden, unsere Arbeitsmarktpolitik stark zu konzentrieren. Wir machen Potenzialbe-

ratung. Das kommt in der mittelständischen Wirtschaft sehr gut an, auch bei den Gewerkschaften.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, das kommt an; das ist richtig! Nur, es kommt nichts dabei herum!)

Damit haben wir 3.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen; das ist nachweisbar. Wir haben den Bildungscheck eingeführt – genial finanziert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Genial? Das war doch wohl zulasten der Arbeitnehmer, die das selber kofinanzieren müssen!)

– Dazu sage ich Ihnen eines: Was nichts kostet, ist auch nichts wert. Und die Zahl von etwa 10.000 Bildungschecks, die wir seit Januar in Nordrhein-Westfalen an tüchtige Leute, die sich beruflich weiterqualifizieren wollen, ausgegeben haben, bestätigt mein gutes Programm.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie stehen sich aus der finanziellen Verantwortung!)

Wir haben dafür gesorgt, dass der Berufsschulunterricht in 19 Innungen so flexibilisiert wird, dass im zweiten Ausbildungsjahr nur noch ein Berufsschultag stattfindet, damit wir im Handwerk wieder zu mehr Lehrstellen kommen. Ist das etwa eine falsche Politik?

Wir haben dafür gesorgt, dass wir in der Altenpflegeausbildung heute rund 300 Altenpflegerinnen in Nordrhein-Westfalen mehr in der Ausbildung haben als zu Ihrer Regierungszeit. Ist das etwa schlecht? Es sind 300 mehr als zu Ihrer Zeit, und dann wagen Sie es, diese Politik zu kritisieren?

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Natürlich, weil sie die alten Kosten von uns dafür eingesetzt haben!)

Auch hier sind wir auf einem guten Weg.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine Sozialpolitik ist dadurch gekennzeichnet, dass wir in der Behindertenpolitik äußerst verlässlich sind. Dies muss so sein. Wer am Schutz von ungeborenen Kindern interessiert ist, muss hier äußerst verlässlich sein. Wir sind hier innovativ, und wir werden in wenigen Monaten dem Landtag Nordrhein-Westfalen ein allumfassendes Konzept – auch über Ressorts hinweg abgestimmt – einer Teilhabepolitik für Behinderte in Nordrhein-Westfalen vorlegen. Das ist nämlich nicht nur eine Aufgabe der Sozialpolitik, das betrifft auch die Wohnungspolitik und viele andere Felder.

Deswegen möchte ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss festhalten: Wenn man gut über die Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen redet, wenn man gut über das MAGS redet, wenn man gut über den Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsminister redet, ist man in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich nahe bei der Wahrheit. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP – Lachen von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Laumann.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum **Teilbereich „Gesundheit“**.

Ich erteile für die SPD-Fraktion Herrn Bischoff das Wort.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidenten! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Laumann, das Loben eines starken MAGS und starke Worte ersetzen keine gute Politik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Laumann, wir wagen es, Sie zu kritisieren. Ich habe manchmal bei dem Selbstbild, das Sie hier darstellen, den Eindruck, als glaubten Sie, die Sonne würde nicht mehr am richtigen Punkt im Osten aufgehen, wenn Sie nicht Minister wären. Ich sage, Sie geht gleichwohl am richtigen Punkt auf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weil wir nahe bei der Wahrheit sind und sagen, was Sie und das MAGS in der Gesundheitspolitik wirklich wollen, will ich Ihnen sagen, dass Sie im Bereich der Gesundheitspolitik in Ihrer Amtszeit einen Kahlschlag in bestimmten Bereichen hinterlassen haben, den die gesamte gesundheitspolitische Landschaft als etwas völlig anderes empfindet, als dass Sie hier eine gescheite Gesundheitspolitik gemacht hätten.

(Beifall von der SPD)

Nachdem Sie erst Wochen im Amt waren, haben Sie zu dem Bereich Krankenhausinvestitionen erklärt, dass Sie die Investitionen für zwei Jahre streichen wollen. Wissend, dass sich die Krankenhäuser in einem Umwälzungsprozess und bezüglich der DRGs in einer Neuorientierung befinden. Wissend, dass unsere Krankenhäuser im Vergleich zu anderen Ländern auch darauf angewiesen sind, dass sie eine gute, qualitative und gehaltvolle Ausstattung haben müssen.

(Widerspruch von der CDU)

Sie haben uns dann permanent vorgerechnet, warum das so sein müsse. Das bedeuten wohl auch wieder die Zwischenrufe von Herrn Post und Herrn Henke, die im Gegensatz zu den Menschen in der Krankenhauslandschaft noch das glauben, was Sie, Herr Minister, einmal vorgerechnet haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben gemeinsam in der Krankenhausversammlung NRW gegessen. Wir haben eine Anhörung gemacht, bei der Sie, Herr Post, auch anwesend waren. Außer drei marktradikalen Professoren – noch nicht einmal Sie glauben wohl, dass das, was die erzählt haben, irgendeine Zukunft hätte; Herr Romberg steht denen wohl näher –, die die Förderung ganz abschaffen wollten, weil der Markt auch bei der Gesundheitspolitik alles regelt, haben alle anwesenden Fachleute überhaupt nicht nachvollziehen können, warum Sie diese Kürzungen bei den Investitionen vornehmen. Kein Mensch kann das nachvollziehen, außer Ihnen selbst.

(Beifall von der SPD)

Im zweiten Schritt haben Sie die Krankenhäuser noch einmal bestraft, indem Sie bei der Finanzierung der Großgeräte, bei den Krankenhauspauschalen für Modernisierung und Geräte-Erneuerung, noch einmal 11 Millionen € eingespart haben, weil Sie den Zeitraum der Anpassung von zwei auf vier Jahre verlängert haben. Sie haben also die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen zunächst verunsichert und dann nicht nur verärgert, sondern auch gegen die Wand laufen lassen. Das tun Sie weiterhin.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Kollege Bischoff, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Post?

Rainer Bischoff (SPD): Nein, ich bin jetzt gerade gut in Schwung. Herr Post oder Herr Henke kommen bestimmt noch nach mir. Das sind die, die das, was Herr Laumann ihnen erzählt, noch glauben.

Ihre Politik führt zu einer eindeutigen Gefährdung der Krankenhauslandschaft und zu einem Desaster in der gesamten gesundheitspolitischen Landschaft. Es ist ein gesundheitspolitischer Kahlschlag festzustellen, von dem ich gerade schon sprach.

Darüber hinaus, Herr Laumann, zeigt der erste Haushalt der neuen Mehrheitsfraktionen Folgendes: Die heutige Presse gibt wieder, dass die Ansteckungszahlen bei Aids auf Rekordniveau sind. Was machen Sie? – Sie haben zunächst erklärt, Sie hätten im Bereich Aids überhaupt nicht gekürzt. Ich erinnere an die Ausschusssitzung, die Charakter hatte. Ich will das einmal schildern, Herr Laumann, die anderen waren ja nicht dabei: Als Erstes haben Sie erklärt, Sie hätten gar nicht gekürzt. Dann haben wir Ihnen erklärt, dass bei den Junkie-Programmen, bei den Programmen für Lesben und Schwule und bei den Spritzenautomaten erheblich gekürzt worden ist.

(Zuruf von der CDU: Gar nicht wahr!)

Daraufhin hat sich Herr Laumann umgedreht, wie er es gerade auch tut, und erklärt: Sagen Sie einen schönen Gruß ins Land, der Minister Laumann sagt, das mit den Spitzenautomaten machen wir wieder rückgängig. – Aber Sie haben keinen Antrag gestellt, und unsere Anträge abgelehnt. Das, Herr Laumann, nenne ich unseriöse Politik.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege Bischoff, Herr Romberg hat eine Zwischenfrage.

Rainer Bischoff (SPD): Nein, ich bin gerade in Schwung. Außerdem habe ich krankheitsbedingt Schwierigkeiten mit der Stimme. Ich mache also zuerst meinen Part zu Ende.

Das nenne ich unseriöse Politik, überhaupt keinen Antrag zu stellen. Auch das war neu für mich. Ich habe das einmal „Kastration der Fachpolitiker“ genannt – ich gebe zu, das ist ein bisschen heftig formuliert –, in den Ausschüssen überhaupt keine fachpolitischen Anträge mehr zu stellen. Das haben wir anders gemacht, als wir noch Fachpolitiker in der damals die Regierung tragenden Koalition waren.

Im Bereich der Suchtgefahren sind die Fallzahlen ebenfalls erheblich gestiegen. Hier haben Sie überproportional um mehr als 20 % gekürzt, Herr Laumann. Ich sage immer Herr Laumann, ich meine aber auch die CDU- und die FDP-Fraktion, die alles nachgebetet und keine Änderungsanträge gestellt haben. Da überproportional gekürzt wurde, war das offensichtlich politisch gewollt, obwohl wir wissen, dass weiterhin im Bereich der Suchtgefahren höhere Fallzahlen da sind und dort dringend etwas getan werden müsste.

Ich habe eben von gesundheitspolitischem Kahl-schlag gesprochen. Den gibt es auch im Wortsinne. Programme wie „Frau und Gesundheit“ existieren schon jetzt nicht mehr. Die haben Sie kahl geschlagen, die haben Sie beerdigt. Herr Henke hat im Ausschuss eine wunderbare Beerdigungsrede gehalten. Er hat Sie über den grünen Klee gelobt, um dann unseren Antrag abzulehnen und keinen Antrag zu stellen. Die beiden Kolleginnen waren an ihrem letzten Arbeitstag in unserer Ausschusssitzung und konnten danach das Licht ausmachen. Das war wunderbar, Herr Henke, so eine Beerdigung zu inszenieren.

Genauso sind die Krebsberatungsstellen annähernd beerdigt worden. Interessant dabei ist, Sie haben fast alle Programme mit hohem ehrenamtlichen Engagement gekippt, in denen also mit geringen Mitteln eine hohe Effektivität durch ehrenamtliche Tätigkeit erzeugt worden ist. Herr Laumann, Sie sind doch Gewerkschaftler. Es gab einmal einen wunderbaren Spruch der DGB-Jugend: Sonntags reden, montags handeln. – Also: Sonntags das Ehrenamt loben und montags die Haushalte beschließen, mit denen das Ehrenamt abgeschafft wird. So geht es nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmelzer [SPD]: Das ist die Politik dieser Landesregierung!)

Ich wiederhole, zu all dem haben die die Koalition tragenden Fraktionen in drei Lesungen des Fachausschusses nicht einen Antrag gestellt. Wir haben selbstverständlich sowohl dort als auch hier für die heutige Abstimmung zu allen inhaltlichen Positionen, die ich gerade angesprochen habe, Änderungsanträge gestellt. Insofern lautet mein Fazit der ersten Haushaltsaufstellung der neuen Koalitionsfraktionen: Ihr gesundheitspolitischer Haushalt ist ein gesundheitspolitischer Kahlschlag. Sie gefährden die Krankenhauslandschaft in NRW qualitativ. Sie beerdigen wichtige und richtige gesundheitspolitische Programme.

Sie sparen bei Drogensüchtigen und Aids-Infizierten und, was noch schlimmer und wichtiger ist, bei der Aids-Präventionsarbeit, damit ihre Zahl nicht zunimmt. Somit sparen Sie an der falschen Stelle.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist schlimm für die Betroffenen. Das ist schlimm für die Gesellschaft. So ist Ihr gesamter Gesundheitshaushalt für Nordrhein-Westfalen: schlimm für die Betroffenen, schlimm für die Menschen, unzureichend für unser Land Nordrhein-Westfalen. Herr Minister Laumann, in punkto Gesundheitspolitik sind Sie eindeutig zu kurz gesprungen. Das Ziel einer qualitativen Gesund-

heitspolitik haben Sie im ersten Jahr Ihrer Amtszeit eindeutig verfehlt.

Ich appelliere an alle Fraktionen – die Änderungsanträge werden gleich im Anschluss abgestimmt; meine Hoffnung ist nicht groß, was die Lernfähigkeit der regierungstragenden Fraktionen angeht, das will ich zugestehen –, den Änderungsanträgen zuzustimmen und die schlimmsten Auswüchse der gerade geschilderten Politik zu verhindern. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Bischoff. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Henke.

Rudolf Henke (CDU): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Ich will mit einigen Bemerkungen des Komplimentes, des Dankes und einer Sympathieerklärung beginnen, die ich an die Oppositionsfraktionen des Hohen Hauses richte. Das Kompliment gilt Ihren Anträgen, die Sie während der Ausschussberatungen eingebracht haben und in der zweiten Lesung stellen, nicht allen, aber doch den meisten. Denn fast alle Ihre Anträge konzentrieren sich auf Themenfelder, über die zu diskutieren sich lohnt, und es handelt sich um Anträge, denen man gerne von ganzem Herzen zustimmen würde, wenn man all das außer Acht lässt: die tatsächliche Haushaltslage Nordrhein-Westfalens mit immerhin gut 112 Milliarden € Verschuldung, die rot-grünen Hinterlassenschaften nach 39 Jahren SPD-geführter Regierung, die Verpflichtung Nordrhein-Westfalens für die Finanzsituation in ganz Deutschland.

Das gilt natürlich für die Krankenhäuser, die sich sicher freuen würden, 30 Millionen € Zuschüsse und weitere 30 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen mehr zu erhalten. Das gilt für die Bekämpfung der Suchtgefahren und der Immunschwäche Aids, wo man praktisch nie genug tun kann. Das gilt für die Zuschüsse zur Förderung ehrenamtlichen Engagements, der Prävention, der Gesundheitsförderung, der Selbsthilfe, bei Behindertenverbänden und der Bürgerorientierung, für die sicher geeignete Adressaten zu finden wären, und auch für eine Fortsetzung der Zuschüsse an die Koordinierungsstellen Frauen und Gesundheit, deren Arbeit wir alle gemeinsam hohe Wertschätzung entgegenbringen.

Mein Kompliment geht an Sie, weil Sie es uns außergewöhnlich leicht gemacht haben, die Haushaltsberatungen zu bestehen, denn die sympathischen, gutherzigen, nach Zweck und Höhe ganz

sicher wünschenswerten Anträge, die sie gestellt haben, sind im Ganzen und im Detail entweder ohne jede Deckung oder ohne seriöse Deckung geblieben, und sie laufen darauf hinaus – das ist die Essenz dessen, was Sie sagen – die Landesverschuldung weiter zu steigern. Deswegen erfahren Sie von der CDU-Fraktion eine relativ leicht verständlich zu machende Antwort, nämlich die, dass es nicht möglich ist, Ihren Anträgen zuzustimmen, wenn Sie damit eine zusätzliche Erhöhung und Steigerung der Kreditmittel als Finanzierungsweg beschreiten müssen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Stimmt doch nicht! Sie haben die Deckung von Frau Walsken nicht zur Kenntnis genommen!)

Natürlich verursachen Kürzungen im Haushalt immer Schmerzen und Unbehagen, dennoch sind sie notwendig. Denn es ist, Herr Schmeltzer, Herr Bischoff, ein Ergebnis Ihrer Haushaltsführung in der Vergangenheit,

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dass wir soziale Sicherheit im Lande gewährt haben!)

dass das Land von 100 € Steuereinnahmen dem Bürger nur noch 87 € an Leistungen zukommen lassen kann und 13 € an Banken, an Kreditinstitute, an Finanzinvestoren im In- und Ausland zahlen muss, weil die Verschuldung so hoch ist, wie Sie sie gemacht haben. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen ziehen Sie dem Ehrenamt den Boden unter den Füßen weg! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Umverteilung von den kleinen Steuerzahlern zu denen, die genug Geld haben, um dem Land Geld zu leihen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Das hat nichts mit sozialer Politik zu tun. Das ist sozial kalt, das ist nicht nachhaltig, und deswegen darf dieser Weg nicht fortgesetzt werden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wer schreit, hat Unrecht!)

Und ohne eine Deckung lässt sich eine Erhöhung der Ansätze eben nur über eine Steigerung der Kreditmittel finanzieren.

(Zurufe von der SPD)

Die CDU-Fraktion hat zu Recht entschieden, keinen Änderungsanträgen zuzustimmen, die nicht

mit seriösen Deckungsvorschlägen verbunden sind.

(Zuruf von der SPD: Ihre eigenen Leute gehen auf die Straße!)

Es geht nicht mehr, dass man jedes Jahr 255 Millionen € Krankenhausinvestitionen bewilligt, obwohl nur 169 Millionen € an Bargeld zur Verfügung stehen, sodass man zum Schluss einen Bewilligungsberg von über 600 Millionen € vor sich herschiebt.

(Zuruf von der SPD: Was ist mit den Personalkosten?)

Da können Sie reden wie Sie wollen. Das war unseriös, das war nicht nachhaltig.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat in der Vergangenheit denn immer mehr gefordert? Lesen Sie sich Ihre Oppositionsreden zu diesem Thema genau durch!)

Das war schlechte Finanzpolitik und deshalb auch schlechte Krankenhauspolitik, weil es eine Krankenhauspolitik ohne Verlässlichkeit war.

(Unruhe – Glocke)

Wenn Sie, Herr Bischoff, jetzt von Kahlschlag sprechen, wenn Sie den Terminus Kahlschlag angesichts der Summen verwenden, selbst wenn ich alles, was Sie selber über zusätzliche Anträge bewirken wollten,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sprechen so, Sie handeln so!)

addiere und sage, an dieser Frage, an der Höhe der Mittel, die Sie im Haushalt einstellen, entscheidet sich jetzt, ob ein Kahlschlag stattfindet oder ob kein Kahlschlag stattfindet, dann will ich Sie daran erinnern, dass der Einzelplan für das Haushaltsjahr 2006 eine Höhe von 2,803 Milliarden € hat und dass darin gesetzliche Ausgaben von 2,422 Milliarden € enthalten sind. Angesichts dieses Volumens machen Sie es von einem Ja oder Nein zu Ihren Anträgen abhängig, ob ein Kahlschlag stattfindet oder nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie bestimmen doch, wo! Sie treffen doch wieder die Menschen!)

Es findet kein Kahlschlag statt, sondern wer diesem Einzelplan, den der Minister eingebracht und begründet hat, zustimmt, der sorgt dafür, dass die Krankenhäuser im Jahre 2006 pro Bett und Jahr den gleichen Betrag wie in den Jahren 2004 und 2005 zur Verfügung haben, der sorgt dafür, dass die zielgruppenspezifische Aidsprävention nicht

reduziert wird, der sorgt dafür, dass sich die Einsparungen im Youth-Worker-Programm auf ganze sechs tatsächlich unbesetzte Stellen von 60 beschränken, der sorgt dafür, dass die bewährten Aufklärungs- und Beratungsangebote der Aidshilfen praktisch unverändert weitergeführt werden können, der sorgt dafür, dass der Kernbereich der örtlichen Suchthilfe-Infrastruktur in der Substanz nicht gefährdet wird, dass die Sucht- und Drogenberatungsstellen arbeits- und leistungsfähig bleiben, dass die Landeskampagne zur Suchtprävention und die Förderung von 96 Prophylaxe-Fachkräften bei Sucht- und Drogenberatungsstellen fortgeführt werden, dass die Grundförderung von knapp 160 Sucht- und Drogenberatungsstellen und die Förderung von rund 100 Stellen für die psychosoziale Betreuung von Substituierten fortgeführt werden,

(Rainer Bischoff [SPD]: Um 25 % haben Sie die gekürzt!)

dass das niedrigschwellige Hilfeangebot trotz einer Mittelreduzierung gesichert bleibt, dass das Spritzenautomatenprojekt fortgesetzt wird.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie sind Meister im Schönreden!)

Dazu bedarf es keines Landtagsbeschlusses, sondern das kann durch das Verwaltungshandeln des Ministers geklärt werden und ist geklärt worden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie kürzen und reden hier das Gegenteil! Das ist doch maßlos!)

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der sorgt dafür, dass die Standortsicherung am Gesundheitsstandort und am Arbeitsplatz Gesundheit in NRW systematisch gefördert wird,

(Zuruf von der SPD: Schönreden! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist kein Schönreden mehr, das ist Blenden, was Sie machen!)

dass die Förderung der Selbsthilfe, der Hospizbewegung, der Kinder- und Jugendgesundheit, der Krebsbekämpfung im Wesentlichen unangestastet bleibt, und das in der finanziellen Situation, in der wir sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Alle Kürzungen werden aufgeführt und schöngeredet!)

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, wenn Sie das alles wollen, stimmen Sie dem Entwurf des Einzelplans 11 auch im Bereich Gesundheit zu und

lehnen Sie die Änderungsanträge von SPD und Grünen ab,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nee, wir machen ja keine Kahlschlagpolitik! Die überlassen wir eindeutig Ihnen!)

weil es unseriös in den Raum gestellte, nicht gegenfinanzierte Anträge sind. Das sind Luftbuchungen und das ist kein seriöser Weg. Damit wären wir am Ende der Legislaturperiode so weit, dass wir nicht nur 13 €, sondern 25 € pro 100 € Steuereinnahmen an die Banken abliefern müssten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das, was Sie gemacht haben, war unseriös!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Henke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Henke, ich weiß nicht, wo Sie diesen Schnellkurs in Schönrederei belegt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich muss sagen, Sie haben es sehr schnell geschafft, Mist als Gold zu verkaufen. Ich hatte das Gefühl, wenn es nur noch eine einzige Drogenberatungsstelle in Nordrhein-Westfalen gäbe, stellen Sie sich hierhin und würden sagen: Die Struktur ist erhalten geblieben.

(Beifall von der SPD)

Ich fand es extrem, wie Sie versuchen, das schönzureden.

Ein Kahlschlag, Herr Henke, ist auch nicht immer eine Frage der Kostensumme. Wenn eine Beratungsstelle ehrenamtlich gefördert wird, kann der Kahlschlag bei einer Streichung von sehr geringen Summen erfolgen, wohingegen bei anderen teuren Strukturen sehr viel mehr Geld für einen Kahlschlag gestrichen werden muss.

Aber vielleicht können wir Ihnen das noch einmal in Ruhe erklären. Wenn ich mir ansehe, was im ehrenamtlichen Bereich gerade in diesem Haushalt gestrichen worden ist, dann ist festzustellen, dass es sich in vielen Bereichen um einen Kahlschlag handelt. Aber der Reihe nach.

Herr Laumann, Sie hatten eben gesagt, Ihr Eindruck sei nicht, dass Ihr Haushalt und Ihre Kür-

zungen im Mittelpunkt der Kritik stehen würden. Wenn ich mir die Proteste gerade von den Wohlfahrtsverbänden draußen ansehe, die sich auch gegen Sie, gegen Ihre Sparpolitik richten, dann habe ich das Gefühl, Sie laufen nicht nur in dem Punkt, aber gerade in dem Punkt mit geschlossenen Augen durch das Land, denn anders kann man diese Proteste nicht übersehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

„NRW bleibt sozial“, ist noch die netteste Formulierung. Ich würde mir wünschen, dass Sie als Minister mit offenen Augen durch das Land gehen und sich ansehen, was die Menschen, und zwar nicht nur die Spitzen der Wohlfahrtsverbände, sondern auch die Menschen, die vor Ort von den Kürzungen betroffen sind, zu Ihrer Politik sagen. Hiermit sollten Sie nicht bis zur nächsten Landtagswahl abwarten.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten in diesem Haushaltsbereich. Zum Bereich Krankenhaus haben wir bereits einiges von Herrn Bischoff gehört. Wir hätten natürlich gern, dass Sie den Bewilligungsstopp im Rahmen des Haushalts zurücknehmen. Wir würden gern viel mehr Mittel für den investiven Bereich einsetzen. Aber Sie wissen, wir als Grüne machen immer eine realitäts-taugliche Haushaltspolitik. Deswegen haben wir hier nur eine Summe für einen Feuerherdtopf eingefordert, der auch von Herrn Henke im Ausschuss als notwendig und wichtig beschrieben worden ist, und zwar genau für den Krankenhausbereich, wo durch rechtliche Vorschriften Abteilungen unter Umständen geschlossen werden müssen, wenn nicht schnell Veränderungsmaßnahmen oder Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Dafür brauchen wir solche investiven Mittel, die sofort und so schnell wie möglich abgerufen werden können. Geben Sie sich einen Ruck. Richten Sie einen solchen Feuerherdtopf ein. Wenn es den nicht gibt, wird es in Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr noch einige Probleme im Krankenhausbereich geben, die dieses Land nicht verdient hat.

Ein anderer Bereich, in dem Sie massiv sparen, ist der Bereich des Maßregelvollzugs. Ich habe in der Vergangenheit immer gesagt, dass das Thema Maßregelvollzug möglichst aus der politischen kontroversen Debatte herausgehalten werden muss. Aber das, was Sie jetzt mit den Kürzungen im Maßregelvollzug beginnen und mit dem kommenden Haushalt weiter fortschreiben werden, ist mehr als ein Spiel mit dem Feuer. Ich glaube, dass hier von Ihnen ein ganz gefährlicher Bereich aufgemacht wird. In dem Moment, in dem Sie die Mittel für die Abkommen und Vereinbarungen, die

vor Ort mit den Bürgerinitiativen getroffen worden sind, wo der Zaun ein Meter höher sein soll, wo die Turnhalle hin muss, streichen und kürzen, stören Sie den Frieden der Übereinkunft zwischen den betroffenen Anwohnern und Anwohnerinnen und dem, was im Maßregelvollzug passiert. Damit bewirken Sie einen Flächenbrand von Protesten gegen den Maßregelvollzug, den wir in diesem Land wirklich nicht gebrauchen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Den können wir auch nicht vor dem Hintergrund gebrauchen, dass wir eigentlich, selbst wenn wir nun die Neubauten abgeschlossen haben, schon jetzt wieder über zukünftige Planungen im Maßregelvollzug und weitere Ausweitungen reden müssen, weil allein von 1994 bis 2000 die Anzahl der Patientinnen und Patienten um 60 % zugenommen hat. In Anbetracht dessen sollten Sie das Motto „Therapie statt Strafe“ ernst nehmen, indem bestmögliche Therapiemöglichkeiten geschaffen werden, denn die haben wir in den Einrichtungen nicht, wenn wir nicht schnell ausweiten und bestimmte bauliche Maßnahmen umsetzen. Sie wissen, wie die Landschaftsverbände, die alle nicht Rot-Grün, sondern in unterschiedlichen Konstellationen regiert werden, zum Maßregelvollzug und zur Sicherheit des Maßregelvollzugs stehen. Sie spielen mit dem Feuer und gefährden auch auf diesem Feld die Sicherheit unseres Landes.

Zu den sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen ist bereits einiges gesagt worden. Die Bereiche Aids und Sucht sind zwei ganz wesentliche Sektoren, wo Sie, Herr Henke, zwar einzelne Punkte aufrechterhalten, aber mal hier, mal da prozentual kürzen. Wir dürfen uns hier nichts vormachen. Das sind doch genau die Bereiche, wohinter Menschen, Schicksale stehen, wo wir durch ein Mehr an Prävention Krankheit und Suchtschicksale verhindern können. Anstatt mehr in die präventive Arbeit zu investieren, fahren Sie jedoch in diesem Bereich die Mittel zurück.

Frauen und Sucht ist ein Bereich, der mal eben, statt eigenständig zu bleiben, woanders integriert werden soll. Das ist gerade der Bereich, worüber es zunehmend in der Gesellschaft Diskussionen gibt, dass nämlich Frauensüchte komplett andere Süchte sind, zum Beispiel Essstörungen. Auch darüber gehen Sie einfach hinweg, und es wird gestrichen. Welche Haltung Sie als Minister zur Frauengesundheit haben, das haben Sie in den Ausschusssitzungen mehr als deutlich gemacht. Sie haben gesagt: Natürlich war Frauengesundheit einmal ein Thema. Die Koordinierungsstelle hat jetzt einige Jahre lang gearbeitet. Jetzt ist das Thema erledigt. Wir brauchen das als Land nicht

mehr. – Das zeigt, welchen Geistes Ihre Politik auf diesem Gebiet ist und welche Haltung dahinter steckt. Wir brauchen nicht weniger Koordinierung und nicht weniger Frauengesundheit, sondern mehr, denn alle wissenschaftlichen Studien und Untersuchungen besagen, dass man dann, wenn man in der Gesundheitspolitik an die einzelnen Bereiche geschlechterdifferenziert herangeht, sehr viele Kosten im Gesundheitssystem sparen kann. Aber es scheint Ihnen gar nicht um das Einsparen von Kosten und um Haushaltseffizienz zu gehen, sondern nur darum, eine komplett andere Politik in einigen Bereichen durchzusetzen.

Die Vertreter der Koalitionsfraktionen haben heute im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder angemahnt und gesagt, der Haushalt sei katastrophal, deswegen müssten wir sparen, sparen für die Zukunft. Sparen ist ein legitimes Interesse, aber sehen Sie sich an, was Sie im Gesundheitsbereich einsparen und welche Folgekosten Ihre Einsparungen nach sich ziehen. Ich kann nur sagen: Sie investieren nicht in die Zukunft,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

sondern Sie leben durch diese politischen Entscheidungen im Gesundheitsbereich, Drogenbereich, Suchtbereich, Aidsbereich – auch mit den JVA-Kräften – auf Kosten der Zukunft unserer Kinder, weil Sie nämlich durch diese Streichungen sinnlose Mehrkosten auf Kosten von einzelnen Leuten provozieren und herbeiführen, was unverantwortlich für dieses Land ist.

Herr Henke, auch diesmal kann ich mit einem netten Satz von Ihnen meine Ausführungen beenden. Sie haben zu einem früheren Haushalt gesagt: Was Sie dort machen, das treibt einem wirklich die Tränen in die Augen.

Wenn Ihnen damals die rot-grüne Politik Tränen in die Augen getrieben hat, dann müssten Sie jetzt eigentlich wirklich am Ende sein, weil das, was Sie hier machen, ist ein Vielfaches dessen ausmacht und katastrophal ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Steffens. – Für die FDP spricht nun Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Schmeltzer, Sie brauchen jetzt gar nicht wegzulaufen. Ich wollte Sie eigentlich noch einmal ansprechen, da es um Gesundheit und Arbeitsplätze geht.

Eine Viertelmillion Arbeitsplätze könnten allein in Nordrhein-Westfalen mit einem freiheitlichen Gesundheitssystem entstehen. Das hat das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut noch vor kurzem errechnet. Eine Viertelmillion neuer Arbeitsplätze könnten wir hier in Nordrhein-Westfalen sehr gut gebrauchen.

Ich habe mir die Reden der Opposition angehört: Frau Steffens sitzt auf der Landesenklaue NRW; Herr Bischoff hat vom gesundheitspolitischen Kahlschlag gesprochen. Sie sollten den Blick erst einmal nach Berlin wenden, denn Gesundheitspolitik wird vor allem in Berlin gemacht. Die Auswirkungen spüren die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das mit den Krankenhausinvestitionen haben Sie gemacht, nicht Berlin!)

Die Patienten sind nicht so versorgt, wie wir uns das wünschen und wie sich die Patienten das auch selbst wünschen.

(Rainer Bischoff [SPD]: Die Kürzungen im Drogenbereich haben Sie gemacht, nicht Berlin!)

Herr Bischoff, bei der Übernahme der Landesregierung durch das schwarz-gelbe Bündnis im letzten Jahr:

(Lachen von SPD und Grünen – Zuruf von der SPD: Bündnis?)

Wie war da nach vielen Jahren SPD-Regierung der Investitionsstau an den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei uns hatten die Sicherheit! Bei Ihnen kommt nichts mehr!)

Der Investitionsbedarf lag bei 11 Milliarden €.

(Zuruf von der SPD: Deshalb machen Sie ihn jetzt noch größer!)

NRW steht seit vielen Jahren ganz am Ende sämtlicher Bundesländer, wenn es um Krankenhausinvestitionen geht. Und Herr Bischoff spielt hier den Retter der Krankenhäuser! Das ist doch so was von unehrlich.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Art von Krankenhausinvestitionen ist ehrlicher!)

Da sollten Sie sich zurücknehmen und ganz leise sein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gebt ihnen nichts, und sie wissen, woran sie sind!)

Die Gesundheitspolitik in Berlin sorgt erst einmal dafür, dass Patienten hier schlecht versorgt sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Krankenhausinvestitionen sind hier in Nordrhein-Westfalen gemacht, Herr Kollege!)

– Jetzt gehen wir aber erst einmal von der Frage aus, weshalb Krankenhäuser nicht optimal behandeln können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann müssen Sie mit Ihrem Koalitionspartner reden!)

Wenn ein Mensch mit Krebsverdacht im Dezember ein nordrhein-westfälisches Krankenhaus betritt, wird seine Operation auf Mitte Januar verschoben, weil die Budgets aufgebraucht sind, weil kein Geld mehr da ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann sprechen Sie mit Ihrem Koalitionspartner! Der sitzt auch in Berlin!)

Woran liegt denn das? Woran liegt es, dass über Jahre Leistungen budgetiert worden sind, dass strukturelle Reformen im Gesundheitssystem nicht angegangen worden sind? Woran liegt es denn? NRW ist für die gesundheitliche Versorgung des Landes zuständig. Aber die Rahmenbedingungen werden in Berlin gemacht.

(Karl Schultheis [SPD]: Klären Sie das doch mal mit Ihrem Koalitionspartner!)

Wenn hier ein Mensch mit einer psychischen Erkrankung drei Monate auf den ersten Facharztbesuch warten muss, dann ist das eine Reglementierung, die von Berlin so gewollt ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann reden Sie doch mit der CDU! Das ist Ihr Koalitionspartner!)

– Ach so! Damit haben Sie gar nichts zu tun? Damit haben Sie überhaupt nichts zu tun?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch Ihre Verantwortung!)

Ulla Schmidt ist seit Jahren Bundesgesundheitsministerin. Laut Umfragen ist Frau Schmidt seit vielen Jahren die unbeliebteste Bundesministerin.

(Beifall von der FDP)

Alle wollen, dass sie geht. Und Sie sagen: Damit haben wir nichts zu tun. – Das ist doch wirklich unlauter. Das ist doch wirklich so was von unlauter.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben wir nicht gesagt! Aber lenken Sie nicht von Ihrer schlechten Landespolitik ab!)

Die Strukturveränderungen sind dringend erforderlich, um das Gesundheitssystem hier in Nordrhein-Westfalen und auch die medizinische Versorgung zu verbessern.

Natürlich macht auch die Landespolitik ihre Aufgaben. Wir werden dafür sorgen, dass Krankenhausinvestitionen in Zukunft zeitnäher vonstatten gehen, dass Anträge nicht zehn Jahre brauchen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Den Karren haben Sie doch schon in den Sumpf gesetzt!)

dass der Bedarf überhaupt nicht da ist, sondern dass auch dort mehr Freiheit im System ist, dass alles dem Bedarf der Leute vor Ort angepasst wird. Wenn in einem Ort, wo ein Krankenhaus steht, in den letzten fünf Jahren vier Altenheime entstanden sind, dann sollte das Krankenhaus in Eigenverantwortung überlegen, ob es geriatrische Leistungen anbieten will. Das können Sie doch nicht verbieten und fordern: Da muss ein Antrag gestellt werden. – Und dann wartet man zehn Jahre ab. Die Menschen müssen direkt nach dem Bedarf vor Ort versorgt werden. Das ist über Jahre nicht passiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das aus Ihrem Munde!)

Die Freiheit brauchen wir in diesem System. Die ist bisher überhaupt nicht da gewesen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie arbeiten mit einem System wie in Großbritannien, wo die Krankenhäuser Pleite gehen! Das ist Ihr System!)

– Überhaupt nicht!

(Hannelore Kraft [SPD]: Uns geht es um die Menschen, um die Leistung dieser Menschen!)

Ich kann Ihnen lang und breit erklären, welches System wir meinen, ein System nämlich, bei dem man sozial abgesichert ist, bei dem jeder vernünftige Leistungen bekommt, bei dem das Geld nicht in Versicherungsstrukturen gesteckt wird, die Bürokratie schaffen, und das Geld bei den bedürftigen Menschen nicht ankommt.

Sie haben die Suchtpolitik angesprochen. Da kann mir keiner was vormachen. Ich habe genug Berufserfahrung und auch sonst Erfahrung mit Suchtkranken. Ich habe mir viele Angebote hier in Nordrhein-Westfalen angeguckt. In zahlreichen Orten wird hervorragend gearbeitet. Aber es gibt auch Strukturen, gerade auch im niederschwelligen Bereich, da ist die Suchtpolitik, die dort gemacht wurde, wirklich hanebüchen. Da geht es

nicht darum, einen Menschen von seiner Sucht zu befreien, sondern da geht es darum, Konsumräume voll zu bekommen. Da ist man froh, dass Menschen von der Straße ...

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist eine pauschale Behauptung! Werden Sie konkret, Herr Kollege! Das ist eine Unverschämtheit! – Hannelore Kraft [SPD]: Das ist unglaublich!)

– Das ist natürlich der Fall! Das wollen Sie nicht hören: dass überhaupt nicht die Drogenfreiheit das Ziel ist, sondern dass der Beigebrauch bei Substituierten toleriert wird. Das finde ich unmöglich, dass das in der Präventionspolitik nicht engagiert angegangen worden ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Da wurde das toleriert. Es gibt Leiter von Einrichtungen, die sagen: Jeder hat ein Recht auf seinen Kick. Und wenn er substituiert wird, dann ist natürlich Beigebrauch nötig.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist ein Rechtsverständnis! – Hannelore Kraft [SPD]: Unglaublich ist das!)

Wenn solche Menschen in öffentlich geförderten Einrichtungen, die für Drogenkranke zur Verfügung stehen, sind, dann muss sich in diesem Land etwas ändern. Wir werden dafür sorgen, dass sich das ändert.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Dr. Romberg!

Dr. Stefan Romberg (FDP): Wir wollen ein flächendeckendes Netz an Drogenberatungsstellen! Wir wollen Kompetenz! Wir wollen auch Präventionsfachkräfte, denn gerade vernünftige Prävention ist wichtig – frühzeitig in den Schulen, in den Kindergärten!

(Hannelore Kraft [SPD]: Gehen Sie mal in Ihren Wahlkreis!)

Das ist bisher nicht genügend passiert. Das muss sich unbedingt ändern.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Dr. Romberg, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kuschke?

Dr. Stefan Romberg (FDP): Gerne doch, Herr Kuschke.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte, Herr Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Kollege, ich sage das vorneweg: Ich habe in den 18 Jahren Zugehörigkeit zu diesem Parlament noch keinen Beitrag gehört, der so von Inkompetenz strotzte wie der, den Sie hier abgegeben haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Unverschämtheit!)

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Kuschke, Ihre Frage!

Wolfram Kuschke (SPD): Ich komme zu meiner Frage. Sie von der FDP-Fraktion sollten einmal Ihre eigenen Beiträge nachlesen, die Sie zum Thema Drogenpolitik gehalten haben!

Meine Frage, Herr Kollege, ist: Sind Sie nicht wenigstens bereit, zuzugeben, dass es bei allem Streit im Detail – mit Herrn Kollegen Henke und vielen anderen – in der nordrhein-westfälischen Drogenpolitik in den vergangenen Jahren einen Grundkonsens gegeben hat, an dem auch Ihre Fraktion beteiligt war, und dass Sie vor dem Hintergrund dieses Konsenses nicht solche abenteuerlichen Ausführungen machen können, wie Sie es gerade getan haben?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Dass Sie einen Mediziner belehren!)

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Kuschke, Ihre Frage zeigt, wie weltfremd Sie sind. Welche Kompetenz haben Sie denn zu bieten?

(Beifall von FDP und CDU)

Ich weiß nicht, was Sie sich dabei denken, einen qualifizierten Facharzt für Nervenheilkunde und Psychotherapeuten hier so unqualifiziert anzugreifen! Ich weiß nicht, wo Sie Ihre Kompetenz herholen, nachdem Sie in der Staatskanzlei lange unwirtschaftlich gearbeitet und hantiert haben! Ist das Ihre Kompetenz, die Sie hier einbringen, Herr Kuschke?

(Beifall von FDP und CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das zeigt nicht, dass sie kompetent sind, Herr Kollege!)

Zum Glück ist dieses Regierungshandeln abgelehnt worden.

Wir fördern moderne Strukturen – auch in der Gesundheitspolitik, in der Telematik –: Wir wollen die Gesundheitskarte, damit Informationen besser fließen, damit Patienten besser behandelt werden. Wir wollen eine Weiterentwicklung von ambulanten Strukturen, die Förderung von Netzwerken –

gerade in der Psychiatrie – und die Unterstützung der komplementären Strukturen, die Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung. Aber ineffiziente Strukturen, die über Jahre hier gewachsen sind, müssen auch aussortiert werden. Das ist unser gutes Recht. Diejenigen, die vernünftig behandelt werden müssen, müssen vernünftig behandelt werden. Dafür werden wir sorgen! – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmelzter [SPD]: Dann sorgen Sie dafür! Nicht mit dieser Politik!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Romberg. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Burkert.

Oskar Burkert (CDU): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen ist hinlänglich bekannt. Die Schuldenstand nach Rot-Grün betrug zum Jahreswechsel 112 Milliarden €

(Rainer Schmelzter [SPD]: Herr Burkert hat auch den Redebaustein gefunden!)

Das bedeutet: pro Tag 14 Millionen € Zinsen, oder: pro Sekunde 160 € Zinszahlungen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das ist der Stundenlohn von sieben bis acht Facharbeitern. Das ist ein Kahlschlag, Herr Bischoff.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmelzter [SPD]: Das findet aber nicht sehr viel Beifall in Ihren Reihen!)

Durch Rot-Grün hat NRW jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt. Der Landeshaushalt ist zu einem Sanierungsfall geworden. Um Handlungsspielräume zurückzugewinnen, muss ein strikter Konsolidierungskurs gefahren werden.

Das gilt beispielsweise neben den vielen anderen Landesaufgaben auch für den Maßregelvollzug. Trotz der Einsparungen ist es unabdingbar, einen sicheren, effektiveren Maßregelvollzug zu gewährleisten. Das gegenwärtige Kostenniveau des nordrhein-westfälischen Maßregelvollzuges liegt über dem Durchschnitt des der anderen Länder und ist daher kritisch zu prüfen. Dabei hat die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten die höchste Priorität.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Dann reden Sie mal mit denen! Das ist doch bei Ihnen in der Nähe!)

Doch den Bürgern ist das Kostenniveau von 250 € pro Tag nicht mehr zu vermitteln. Bündnis 90/Die Grünen wollen aber laut Antrag noch 11,7 Millionen € ohne Deckungsvorschlag draufsatteln.

Es muss eine Senkung der Kosten erfolgen, ohne dass die Sicherheit beeinträchtigt wird. Die Landschaftsverbände arbeiten bereits an Vorschlägen für Einsparungen.

Im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 29. April heißt es: Grüne fordern verschärftes Sparen. 20.000 Stellen in den Ministerialbüros müssen abgebaut werden.

Wer hat denn dafür gesorgt, dass wir eine überbordende Verwaltung haben? – Die damaligen Staatssekretäre Morgenstern und Griese. Gehörten sie nicht der ehemaligen Regierung an, und tragen sie dann nicht auch Schuld an diesem Haushaltsdesaster?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Waren die im Gesundheitsministerium?)

Oder gibt es jetzt wegen des Doppelnamens Bündnis 90/Die Grünen eine Einteilung? – Die einen sind verantwortlich für die Schulden und für die zusätzlichen Forderungen im Haushalt 2006 – Bündnis 90 –, und für die Einsparung stehen die Grünen. Die einen haben in unverantwortlicher Weise das Geld von Kindern verfrühstückt, die noch gar nicht geboren sind. Die anderen empfehlen jetzt, Stellen abzubauen, Wasserentnahmegeld für den Braunkohletagebau und Abwärmeabgaben für Kraftwerke einzuführen, die jeden Bürger wiederum zusätzlich schröpfen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo ist denn die Gesundheitspolitik, Herr Kollege?)

Bitte, liebe Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, gehen Sie erst einmal in Klausur, diskutieren Sie intensiv, ausdauernd und ergebnisoffen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sind bei der Gesundheitspolitik!)

Vielleicht einigen Sie sich darauf, was Sie überhaupt wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gucken Sie nochmal auf die Tagesordnung! Wir reden über Gesundheitspolitik!)

Wir werden die von Ihnen zusätzlich gestellten Anträge wie schon im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ablehnen, da ihnen keine entsprechenden Deckungsvorschläge gegenüberstehen. Ziel ist es, den Haushalt Nordrhein-Westfalens zu konsolidieren und damit das Land zukunftsfähig zu gestalten. Wir brauchen intelligen-

te, gerechte und zukunftsfähige Ansätze, und die sind mit diesem Haushalt bereits eingebracht.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Mit der CDU/FDP-geführten Landesregierung hat das Land gute Jahre vor sich. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Burkert. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich einige in den bisher gehaltenen Reden behauptete Dinge klarstellen:

Für die Aidspolitik stellen wir im Jahre 2006 genauso viel Geld zur Verfügung, wie im Haushalt 2005 abgeflossen ist. Das heißt also: Keiner, der in diesem Bereich tätig ist, hat weniger Geld, als ihm 2005 zur Verfügung stand.

Zweitens möchte ich für die Regierung und das Ministerium betonen: Natürlich sind uns die Einsparungen in der Drogenpolitik, die wir sehr stark an der Schnittstelle Justizvollzug/Beratungsstrukturen vorgenommen haben, nicht leicht gefallen. Aber die Wahrheit ist: Ich glaube, dass der Sparhaushalt alternativlos richtig ist. Bei unseren Maßnahmen haben wir allerdings die Strukturen nicht zerstört. Ich möchte gerne, dass das zur Kenntnis genommen wird.

Wir alle sollten uns bei der Drogenpolitik, die wir in der nächsten Zeit gestalten müssen, nicht von Ideologie, sondern von reiner Fachlichkeit leiten lassen. Ich bin in der Frage der Drogenpolitik kein Ideologe. Es geht darum, einen Dreiklang in der Drogenpolitik beizubehalten:

Dazu gehört die Repression. Das heißt ganz klar, dass Drogendelikte keine Kavaliersdelikte sind. Dagegen muss mit voller Schärfe vorgegangen werden; es muss gewarnt, aufgeklärt und strafverfolgt werden – völlig klar!

Dazu gehört auch der Entzug. Wenn Menschen Probleme mit Drogen haben, gehört einfach Entzug dazu. Alles andere hilft am Ende nicht. Dann muss man diese Menschen beim Entzug und nach dem Entzug unterstützen. Das war vorher so und das wird auch in der nächsten Zeit unsere Drogenpolitik sein.

Es wird in der Drogenpolitik immer umstrittene Programme geben. Aber ich bitte einfach darum, sachlich darüber zu reden. Das betrifft zum Bei-

spiel die Frage: Wie geht es mit den Modellprojekten Heroin weiter? – Ich habe dazu noch keine abschließende Meinung. Man muss einfach sachlich darüber reden und dann zu einer Entscheidung kommen, die den Menschen dient

(Beifall von Wolfram Kuschke [SPD])

und nichts mit irgendwelchen Vorurteilen zu tun hat.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir das so angehen, dann sind wir auf diesem schwierigen Feld der Politik ganz gut aufgestellt. Das Elend, das Drogenabhängigkeit über Familien bringt, ist weder schwarz noch grün noch rot, sondern es ist eines der größten Probleme, die es gibt. Da müssen wir das Vernünftige tun.

(Beifall von CDU und SPD)

Dann möchte ich gern etwas zu den Krankenhäusern sagen, und zwar auch in aller Sachlichkeit. – Der Umsatz aller Krankenhäuser in Deutschland beträgt 65 Milliarden €. Alle Länder zusammen fördern außerdem die Krankenhäuser mit 2,8 Milliarden €.

Jedes vierte Krankenhaus in Deutschland befindet sich in Nordrhein-Westfalen. Wir haben in unseren nordrhein-westfälischen Krankenhäusern einen Umsatz von 15 Milliarden €, hatten aber auch schon unter der Vorgängerregierung alles in allem eine Krankenhausförderung von nur 500 Millionen €.

Das heißt: Wir liegen in der Krankenhausfinanzierung am Ende der Skala und lagen dort auch schon unter Rot-Grün. Denn wenn wir im Schnitt so fördern würden wie andere Länder, dann müssten wir 700 Millionen € zur Verfügung stellen. Das sind einfach die Parallelzahlen in Deutschland. Wie gesagt, die 500 Millionen € standen auch schon bei der SPD im Haushalt. Auch damals standen da keine 700 Millionen € – um das einfach ganz sachlich zu sagen.

Dass diese Landesregierung jetzt vor der Situation steht, dass Bewilligungsbescheide ausgegeben worden sind, die sich gut anhörten, die jetzt aber sie „bezahlen“ muss, das ist die zweite Seite. Deswegen bedarf es eben dieses Stopps bei den Investitionen.

Ein weiterer Punkt. Die Finanzierung der Krankenhäuser in Deutschland hat sich geändert. In Krankenhäusern wird eben nicht mehr nach Tagen und Betten bezahlt, sondern nach diagnosebezogenen Fallpauschalen. Die haben wir gemeinsam in Berlin beschlossen. Deswegen müs-

sen wir in Nordrhein-Westfalen zu einer anderen Art der Krankenhausförderung kommen. Wenn also die Gelder für die Krankenhäuser nicht mehr danach bemessen werden, über wie viele Betten sie verfügen und wie lange da jemand drin liegt, sondern nach Fällen bezahlt werden, dann ist eine Krankenhausförderung, die sich auf Betten bezieht, auf jeden Fall nicht mehr mit dem jetzigen Entlohnungssystem von Krankenhäusern in Einklang zu bringen.

Wir sind im Ministerium dabei, über andere Schlüssel nachzudenken und einen zu finden. Ich gehe davon aus, dass der Landtag in 2006/2007 erhebliche Beschlüsse betreffend das Krankenhausgesetz fassen muss.

Ein weiterer Punkt. Wir kennen in unserem Land Nordrhein-Westfalen Krankenhäuser, die wirtschaftlich und vom Angebot her wie eine Eins in der Landschaft stehen, und wir kennen anderes. Da frage ich mich immer: Warum stehen die einen so gut da, und warum tun sich die anderen so schwer? – Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen werden vom Management also schon unterschiedlich gut geführt. Das ist die Wahrheit.

Krankenhauspolitik bei knappem Geld kann nicht dafür herhalten, dass wir Managementfehler durch hohe staatliche Zuschüsse auf Dauer ausgleichen,

(Beifall von CDU und FDP)

sondern wir müssen die Krankenhäuser so modernisieren, dass auch sie ihren Beitrag zu effektiver Versorgung und Wirtschaftlichkeit leisten.

Ich will Ihnen einen weiteren Punkt nennen, den ich einfach nicht begreife, obwohl ich mich sehr bemüht habe, mich da reinzudenken: Ich kann die in der Vergangenheit angewandten Kriterien, nach denen man Krankenhäuser bei Investitionen gefördert hat, dennoch nicht nachvollziehen. Ich weiß nicht, wie das entschieden worden ist. Wenn wir ehrlich sind: Das weiß keiner genau. Da gab es in den Bezirksregierungen Leute, die waren Krankenhauskönig und sind durch das Land gefahren und haben irgendwie Geld verteilt, sicherlich auch nach Kriterien.

Aber ich sage Ihnen ganz offen: In der heutigen Zeit müssen wir bei der Aufstellung eines neuen Förderprogramms dafür sorgen, durch das Ministerium klare, nachvollziehbare Kriterien zu entwickeln, die transparent werden lassen, warum wir das eine Krankenhaus fördern und ein anderes Krankenhaus nicht fördern. Ich will, dass die Dinge nachvollziehbar sind. Ansonsten kann man das nämlich nicht guten Gewissens vertreten, weil es

hier ja auch um Wettbewerbssituationen geht. Ich halte das für ganz wichtig.

In diesen Wochen wird in Berlin über die Gesundheitsreform beraten. Zurzeit sitzen die Gesprächspartner zusammen. Ihre Fraktion ist ja über Frau Fischer an den laufenden Gesprächen in Berlin beteiligt. Natürlich kommt es, bevor ich hier im Land die Kriterien festlege, sehr auf das in Berlin erzielte Ergebnis an.

Eine ganz entscheidende Frage ist zum Beispiel: Wird die Gesundheitsreform in Berlin die Krankenhäuser stärker für ambulante Versorgung öffnen oder wird sie es nicht tun? Das hat erheblich mit dem Markt, der sich im Krankenhaus, im Gesundheitsbereich abspielt, zu tun. Sie wissen, dass wir diesbezüglich aufgrund der Fachärztlichkeit in Deutschland bislang sehr restriktiv waren. Das ist also ein Parameter, den man unbedingt kennen muss, um in der Krankenhausplanung das Richtige zu tun.

Ich glaube, dass wir zukünftige Krankenhauspolitik schlicht und ergreifend so machen müssen, dass wir die Zukunftsstrukturen mit dem knappen öffentlichen Geld unterstützen, aber es wird auch Strukturen geben, die aus dem Markt ausscheiden werden. Es wird am Ende des Jahres in Nordrhein-Westfalen nicht 430 selbstständige Krankenhäuser und 135.000 Krankenhausbetten geben.

Denn allein die Fallpauschalen haben dazu geführt, dass die Belegdauer pro Patient im Krankenhaus in einem Jahr um 7 % zurückgegangen ist. Wenn die Fallpauschalen erst richtig greifen, wird diese Belegdauer noch weiter sinken. Das heißt: Die Strukturen werden auch aufgrund dieser Situation schlanker werden. Deswegen wäre es sehr ärgerlich, wenn man in Krankenhäuser investierte, die vielleicht in ein, zwei, drei oder fünf Jahren gar nicht mehr in der Landschaft sind.

Dazu kommt eine Zentralisierung, Zentrenbildung. Wir haben so etwas für Brustkrebs. Wir werden das bei Darmkrebs kriegen. Wir haben es bei Schlaganfall. Wir werden für viele andere Erkrankungen in der modernen Medizin Zentrenbildung kriegen. Das muss man berücksichtigen. Auf der anderen Seite werden wir Regionalität und ortsnahe Versorgung vorhalten müssen.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zur Forensik machen. In Nordrhein-Westfalen leben 2.100 Menschen in forensischen Anstalten. Jeder Einzelfall kostet uns im Jahr rund 90.000 €. Wir sind mit einem Tagessatz von 245 € mit die Teuersten in Deutschland in der Forensik. Dass wir von diesem Betrag etwas runterkommen, dass wir auf 220 €,

auf den deutschen Schnitt, kommen müssen, das müssen auch die Landschaftsverbände, die diese Maßnahmen durchführen, einsehen.

Natürlich muss Forensik mit Therapie verbunden werden. Therapie spart am Ende auch viel Geld, wenn die Menschen nicht ewig in diesen Einrichtungen bleiben müssen.

Aber wir wissen doch auch, dass wir zurzeit in den forensischen Kliniken einen erheblichen Anteil von Menschen haben, die man nicht mehr therapieren kann. Die Fachleute sagen, es seien bis zu 20 %. Ich bin schon der Meinung – das ist die Meinung aller 16 Minister in Deutschland, die in den Ländern für Forensik zuständig sind –, dass wir diese Menschen aus der Therapie herausnehmen müssen, dass wir vernünftige Langzeiteinrichtungen haben müssen und dass wir zu erheblichen Kostensenkungen kommen müssen.

Ich bitte also, auch die Frage Forensik mit äußerster Sachlichkeit anzugehen. Der Grundsatz „Schutz der Bevölkerung“ steht ganz oben. Therapie der Therapiewilligen und der Therapiefähigen steht an nächster Stelle. Aber auch die Wirtschaftlichkeit ist zu berücksichtigen – vor allen Dingen im Hinblick auf diejenigen, die wir nicht mehr therapieren können. Das muss man auch einsehen, denn das alles muss letztlich von einer Volkswirtschaft beziehungsweise von einer Gesellschaft aufgebracht werden. Deswegen glaube ich auch, dass wir richtig liegen, wenn wir bei der Forensik genauer hingucken.

Bei der Forensik gibt es ein Problem grundsätzlich immer: Wir zahlen die Veranstaltung Forensik, und die Landschaftsverbände führen sie durch. Wenn das Zahlen und die Aufgabendurchführung auf zwei unterschiedlichen Schultern ruht, hat das immer zur Konsequenz, dass derjenige, der zahlt – das denke ich auch in diesem Fall – nicht die Kostenstrukturen – hier bei den Landschaftsverbänden – kennt.

Ich fordere auch von dieser Stelle die Landschaftsverbände auf, für mein Ministerium endlich einmal Transparenz in der Kostenstruktur der forensischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen herzustellen! – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal Herr Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe)

Herr Laumann, drei – Herr Laumann, ich wäre dankbar, wenn Sie mir zuhören würden – Anmerkungen in aller Sachlichkeit: Zum Bereich Aids haben Sie ausgeführt, dass für das Jahr 2006 in den Haushalt eingestellt ist, was im Jahr 2005 ausgegeben wurde.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Der Finanzminister hat diesen Raum verlassen. Er hat im Juni eine Haushaltssperre verhängt. Diese Einrichtungen haben darunter gelitten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Insofern muss diese Aussage für die Öffentlichkeit übersetzt werden. Sie wollen die Kürzungen von 2005 im Jahr 2006 aufrechterhalten.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das war vorher schon bewilligt, sagte man mir gerade!)

Punkt 2. Bei den Strukturveränderungen in der Förderung der Krankenhäuser kann man mit uns reden. Darüber besteht gar kein Zweifel. Dass es nicht mehr die Bettförderung und die alte Förderung geben mag, sondern dass man sie umstellt, damit habe ich überhaupt kein Problem.

Aber wenn der Verdacht besteht, dass Sie diese Diskussion der strukturellen Veränderung zum Anlass nehmen, erst einmal die Förderung auszusetzen, kann man nicht mehr mit uns reden. Wir sollten das nicht miteinander verweben. Das scheint mir wichtig zu sein.

(Beifall von der SPD – Rudolf Henke [CDU]:
Nichts wird ausgesetzt! Es gibt keine neuen Bewilligungen! – Gegenruf von Barbara Stefens [GRÜNE])

– Herr Henke, natürlich haben Sie die neue Investitionsförderung ausgesetzt.

(Zurufe)

Punkt 3. Bei der Krankenhausförderung war eine Passage in Ihrem Redebeitrag, Herr Laumann, von der ich es wichtig finde, dass Sie das der „Landschaft“ noch einmal erklären. Ich habe den Verdacht, es könnte ein bisschen so verstanden werden, als wolle man die Diskussion darüber, dass die Krankenhauslandschaft in sich schrumpfen wird – das haben Sie eben als Perspektive dargestellt –, möglicherweise mit der mangelnden Förderung der Investitionen verbinden. Es könnte der Eindruck entstehen, die Landesregierung förderte nicht, um den Schrumpfungsprozess zu be-

fördern. Das wäre ein sehr unguter Eindruck. Das will ich nur noch einmal gesagt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rudolf Henke [CDU]: Das ist ein Eindruck, dem man entgentreten muss! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Bischoff. – Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluss der Beratung des Einzelplanes 11.

Es stehen umfangreiche Abstimmungen an. Deshalb möchte ich auf die als Neudruck auf Ihren Plätzen liegende Tischvorlage, in der die Änderungen durch Fettdruck deutlich gemacht worden sind, hinweisen.

Ich schlage vor, zunächst die **Abstimmungen zum Einzelplan 11** durchzuführen. Die SPD-Fraktion hat Einzelabstimmungen beantragt. Dabei gehen wir nach den laufenden Nummern in der Tischvorlage vor.

Ich rufe auf die laufende Nummer 11 zum Einzelplan 11, **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1723**. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 12: auch ein **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1724**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 13: auch ein **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1725**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 14: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1726**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag auch **abgelehnt**.

Laufende Nummer 15: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1727**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 16: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1782**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 17: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1784**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.